

Energiewende – Aufwind für die Region

1500 neue Windräder kann sich die bayerische Staatsregierung für Bayern vorstellen. Viele davon werden in Oberfranken stehen, hier nämlich bieten die Windverhältnisse im bayerischen Vergleich neben dem Voralpengebiet die besten Voraussetzungen. Die Energiewende wird unsere Landschaft verändern, aber noch viel mehr wird sie Vorteile bringen.

Im Mai ging die Anhörung des Planungsverbandes Oberfranken-West zu den Vorrangflächen für Windkraft in die zweite Runde. Dabei wurden im Landkreis Bamberg zwar einige Flächen gestrichen, andere dafür erweitert oder leicht verschoben. Insgesamt ist ein halbwegs befriedigender Plan heraus gekommen, sieht man einmal davon ab, dass die windhöflichsten Gebiete auf dem Altrauf unberücksichtigt blieben, teils aus verständlichen, teils aus weniger verständlichen Gründen.

Wenn wir es ernst meinen mit der Energiewende, kommen wir um Windparks auch bei uns nicht herum. Doch das ist positiv zu sehen. Während Atom- und Kohlekraft an wenigen Standorten produzieren, findet die Energiewende dezentral statt, und wir alle sind ein Teil davon. So profitieren Kommunen durch

Wo Neues entsteht, regt sich aber auch immer Widerstand. Einige wollen sich mit den Windrädern vor Ort schlicht nicht anfreunden und gründen Gegeninitiativen. Auf den Jura-Höhen bei Wattendorf und Stadelhofen ist dies nachvollziehbar, ziehen sich bereits Autobahn, Freiflächenphotovoltaik und Hochspannungsleitungen durch die Landschaft. Solche Gebiete gelten gerade deshalb als geeignet, weil sie „vorbelastet“ sind – eine mehr als unglückliche Formulierung.

Andernorts ist der Widerstand nur schwer zu verstehen, und es hat oftmals den Anschein, als ginge es weniger um die Windräder als vielmehr um die Stammschönheit in der jeweiligen Gemeinde. Mitunter abstruse Argumente wer-



den ins Feld geführt (wie etwa kilometerweites Eisklumpenschleudern der drehenden Windräder), und bedrohlich wirkende Fotomontagen tun ihr Übriges zu einer unnötigen Emotionalisierung der Debatte.

Hier setzen wir mit unserem Arbeitskreis Energie an, den zwar wir Grünen ins Leben gerufen haben,

Gewerbesteuer- und Pachteinahmen, lokale Firmen mit Bau- und Wartungsaufträgen und natürlich die Menschen vor Ort durch Arbeitsplätze und Beteiligungen an Bürgerprojekten.

dem sich jedoch Experten ebenso wie interessierte BürgerInnen angeschlossen haben. Unser gemeinsames Ziel ist es, die Klimaallianz in Stadt und Landkreis voranbringen zu helfen. Mit einer inzwischen tausendfach verteilten Informationsbroschüre entkräften wir die wichtigsten Vorurteile.

Mehr Infos zum Regionalplan:
www.oberfranken-west.de

Effiziente Arbeitsplätze

Zum Beispiel die immer wieder aufgestellte Behauptung, Windkraftanlagen könnten in Oberfranken nicht wirtschaftlich arbeiten. Im Gegenteil, sie arbeiten effizient und sind eine tragende Säule der Energiewende. Sie schaffen Arbeitsplätze, deutschlandweit sind es derzeit fast 100.000, und werden so auch zu einer Hoffnung für unseren Bezirk.

Windenergie billigste der Energiearten

Häufig wird der Windenergie auch vorgeworfen, sie werde künstlich und mit staatlichen Mitteln hochgepöppelt. Doch auch das trifft nicht zu: Während Atomstrom und Kohlekraftwerke hohe Zuschüsse aus Steuergeldern erhalten, fließen in die Windenergie keine staatlichen Subventionen. Seit die Erneuerbaren bei uns ausgebaut werden, sinkt der Strompreis an der Strombörse sogar. Nur geben die Stromversorger dies nicht an die Verbraucher weiter. In einem fairen Vergleich ohne Sub-

ventionen wäre die Windenergie die billigste aller Energieformen. Und – anders als bei Kohle- und Atomkraft – denkt der Gesetzgeber bei der Windenergie auch noch nachhaltig: Wer heute ein Windrad projektiert, muss sogar dessen

Rückbau schon finanziert haben.

Die Energiewende wird für uns alle spürbar und sichtbar sein. Mit guten Beteiligungsformen jedoch wird sie zu einem wichtigen Faktor regionaler Wertschöpfung werden. Gerade auch deshalb sollten wir die Erneuerbaren als große Chance begreifen und diese beim Schopfe packen.

Vogelschutz gewährleistet

Sorgen um Vögel und Fledermäuse sowie den Artenschutz werden vom Planungsrecht nicht übergangen: Vor jedem Bau eines neuen Windrads muss heute per Gesetz ein Vogelschutzgutachten eingeholt werden. Vogel- und Naturschutzgebiete sind für Windkraftanlagen von vorne herein tabu. Hochspannungsleitungen, Verkehr und viele hohe Bauwerke töten wesentlich mehr Vögel als Windkraftanlagen, dies belegen zahlreiche langjährige Untersuchungen.

Keine Angst vor Lärm, Schatten- und Disko-Effekten

Ängste vor Lärm, Schattenwurf und Disko-Effekt sind ernst zu nehmen, aber es gibt schon heute gesetzliche Lärmschutzvorschriften und Mindestabstandsflächen zur Wohnbebauung. Durch technische Neuerungen werden moderne Windräder dazu immer leiser. Umgebungsgeräusche wie Windrauschen und Straßenverkehr übertönen die Windräder moderner Bauart. Und heutige Windräder haben eine matte Oberfläche, so dass es zu Sonnenspiegelungen nicht mehr kommen kann.

Andreas Lösche

Sonntag, 21.7.2013, 11 Uhr
Windkraft und Denkmalschutz – Vortrag mit Diskussion
Referent: Dr. Thomas Gunzelmann vom Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege
„Gasthaus Steigerwald“, Lisberg

Windrad. Foto: Luise / pixelio.de
Kontakt für Interessierte zum Arbeitskreis Energie über
andyloesche@aol.com

I N H A L T

Nahverkehr in der Region Bamberg

Was man alles besser machen könnte und wie der Angebotsmangel möglicherweise zum Konjunkturprogramm für Hotels in der Innenstadt werden könnte.

Seite 3

Mindestlohn und Mindestrente

... sind überfällig

Seite 4

Wenn die Mieterhöhung klingelt

Wie arme Menschen um ihr Geld betrogen werden. Wie die Stadt eine soziale Wohnungspolitik nicht nur versäumt, sondern gezielt vermeidet.

Wie die Stadtbau für zweckfremde Projekte missbraucht wird.

Seiten 4 und 5

Die KandidatInnen der Grünen im Porträt

Seiten 6 und 7

Alles im grünen Bereich

Das grüne Steuermodell unter die Lupe genommen.

Seite 9

Wächterhäuser auf den Konversionsflächen

Wie die GAL eine Zerstörung der Infrastruktur durch Leerstand verhindern will.

Seite 10

... Ene ...
... mene ...
... Mitte ...
... Ost ...

Der Bahnausbau in Bamberg jongliert mit mehreren Varianten.

Seite 11

espresso politico maximiliano

Für Irritationen sorgte das schon erst mal. Plötzlich eine Menge grüner Stühle und Tische in den verschiedensten Variationen auf dem Maxplatz, dazu bunte Sonnenschirme, ein goldener Frosch und ein Fahrrad-Kaffeemobil.

Neugierige wagten sich heran und wurden auch gleich näher gebeten – zum „espresso politico maximiliano“. Die Grünen aus Bamberg Stadt und Land luden zum politischen Gespräch mit den Grünen-KandidatInnen für Bun-

destag, Landtag und Bezirkstag ein und ließen von „Mokka makan“ bio-fairen Kaffee auschenken. Sie wollten aber auch zeigen, wie man den Maxplatz auf relativ einfache Art beleben und nutzen könnte. Die Reaktionen waren denn auch durchweg begeistert: „Macht das doch öfter!“ oder „Das ist so einfach und doch macht es was her“.

Leider machte bald das Aprilwetter trotz Ende Juni den Grünen einen Strich durch die Rechnung: Bei strömen-

dem Platzregen musste das Kaffeemobil unter einer Plane in Schutz gebracht werden, die Sonnenschirme mutierten zu Regendächern, und so mancher Kaffee wurde ungebührlich verwässert und einige Pläuschchen unsanft abgebrochen.

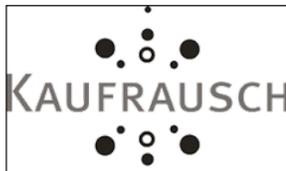
Spaß gemacht hat's trotzdem. Dank geht noch an das Mohrenhaus fürs Ausleihen der tollen Stühle, ans Wonka Tonka für den goldenen Deko-Frosch und an das Blumengeschäft am Maxplatz für die Tischblümchen.



Foto: Erich Weiß



 GAL Bamberg auf facebook


Kaufrausch
Austraße 27 · 96047 Bamberg
Tel. 0951-23807 · www.kaufrausch-bamberg.de
Mo-Fr 10.00-18.00 Uhr · Sa 10.00-16.00 Uhr

Einen Eisblock überreichte die GAL-Stadtratsfraktion an den Bamberger Bürgermeister Werner Hipelius als Sitzungsleiter der Juni-Vollversammlung des Stadtrats. Die GAL erinnerte damit an den 20-jährigen Geburtstag von Bambergs Mitgliedschaft im weltweiten Klimabündnis.

Fröhliche Geburtstagsfeierlaune sollte der Eisblock erwartungsgemäß nicht symbolisieren, ist der Klimaschutz doch ein Stiefkind von Stadtspitze und Stadtratsmehrheit, das massiv vernachlässigt wird und kaum Beachtung findet.

Durch viele Einzelentscheidungen trägt so auch die Stadt Bamberg zum weltweiten Klima-

wandel und zur Eisschmelze bei. Wie sehr allein 2012 und 2013 im Stadtrat gegen Klimaschutz-Ziele verstoßen wurde, listete die GAL bei der Eisblock-Präsentübergabe beispielhaft mit den „Flop Five“ der klimaschädlichen Stadtratsentscheidungen auf:

Vom autoverkehrsfördernden Parkplatzbau am Michelsberg und dem mangelhaften Nahverkehrsplan, über eine Behinderung von Dämmmaßnahmen, bis hin zu Millioneninvestitionen in einen Flugplatzausbau und eine halbherzige Radverkehrsförderung.

Mehr Infos über die Flop Five: www.gaznet.de > Umwelt.

595

Baureferent lässt Sozialstiftung schwarz bauen

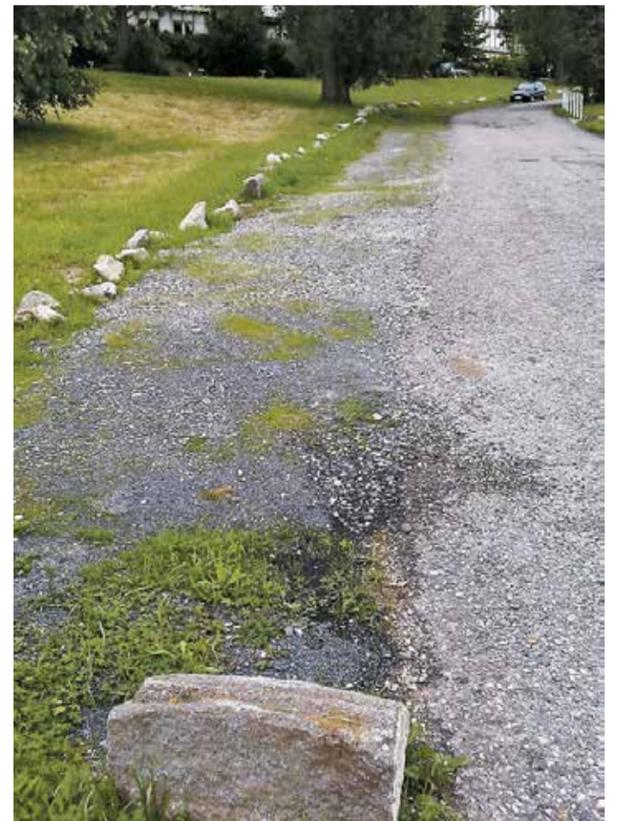
Was Verkehr und Parken angeht, sind die Gebiete um die Kliniken am Bruderwald und am Michelsberg mittlerweile offensichtlich zur rechtsfreien Zone geworden.

Erst vor einem Jahr wurden 246 von der Sozialstiftung beim Klinikum schwarz gebaute Parkplätze im Nachhinein legalisiert.

Jetzt hat SSB-Geschäftsführer Frauenknecht seinen neuesten Coup gelandet. Er ließ die kleine Anliegerstraße durch den Ottobrunnen auf eigene Faust verbreitern, ohne dafür eine Genehmigung auch nur zu beantragen. Der Ottobrunnen gehört zum Weltkulturerbe und ist ein Naturkleinod mitten in der Stadt.

Auf Nachfrage beim Baureferenten Ilk antwortete dieser: Aus Sicht der Sozialstiftung sei dies nötig gewesen, weil durch parkende Autos die Zufahrt für Rettungsfahrzeuge nicht mehr gewährleistet gewesen sei. Er als Baureferent halte diese Argumentation für überzeugend und werde den erneuten Schwarzbau der Sozialstiftung deshalb „tolerieren“.

Das heißt, es wird auch nachträglich weder ein Genehmi-



Schwarzbau im Ottobrunnen.

Foto: Andreas Reuß

gungsverfahrens noch ein Bußgeld geben, die Stadt lässt alles so, wie es ist.

Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: An einer Straße, die für Rettungsfahrzeuge relevant ist, parken widerrechtlich Autos. Aber die Stadt sorgt nicht etwa dafür, dass die Falschparker schleunigst verschwinden, sondern sieht einfach zu, wie die Sozialstiftung, die übrigens auch nichts gegen das Wildparken unternommen hat, einfach eine breitere Straße baut. So wird der Ottobrunnen vom Baureferenten Ilk Stück für Stück preisgegeben.

Bamberg Bananenrebut-Ilk! 595


Ludwig Kestler
Solarthermie • Photovoltaik • Biomasse
Kalkschutz • Heizungsbau • Rohrreinigung
TV-Kanaluntersuchung • Sanitär • Badsanierung
Kundendienst für Öl und Gas
Trattstr. 5 • 91362 Pretzfeld • Tel. 09194 4593
Fax 09194 795518 • Mobil 0171 5880242
info@heizungsbau-kestler.de • www.heizungsbau-kestler.de

Brief
ans Rathaus

GAL
Stadtratsfraktion

Bamberg, im Juli 2013

Betrifft: „Hund- oder Schwanzwedeln“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister
– hey Andi, psst, hör mal zu!

Unter uns, sochamol, hast du den Stieringer eigentlich noch im Griff? Wir wissen natürlich, dass ihr ein echtes Männer-Team seid – kein Blatt passt zwischen euch. Für deine Wiederwahl hat der große Klaus eifrig im mittelständischen Bürgertum gefischt, und du garantierst ihm zuverlässig seinen jährlichen Stadtmarketing-Zuschuss und weitere Privilegien. „win and win“ nennt man das heute, altmodisch hieß das noch Gemauschel. Aber es funktioniert allemal, wie man sieht.

Für sein „win“ braucht der Klaus die Bamberger Realisten ganz offenbar nicht mehr und hat sie deshalb wie heiße Kartoffeln fallen lassen, um kurz vor der nächsten Wahl zu deiner SPD-Fraktion überzulaufen und seine Karriere direkt in deinem Windschatten zu sichern. Soweit nachvollziehbar, wenn auch weit entfernt von jeglicher Programmatik, denn der Klaus vertritt ja jetzt völlig andere Ziele (vor allem in der Verkehrspolitik) als die, für die er mal gewählt wurde.

Gänzlich aus den Socken gekickt hat uns aber die Nachricht, dass er über die Hanns-Seidel-Stiftung Wahlkämpfer der CSU schult – dort ist er doch tatsächlich der Hauptreferent bei einem zweitägigen Seminar „Ich werde Bürgermeister“.

Hey, Andy, merkst du's nicht? Dein Büttel wächst dir längst über den Kopf! Lässt du den Klaus etwa ernsthaft deinen Konkurrenten beibringen, wie man's macht? Oder ist er subversiv unterwegs und erzählt denen lauter Schmarren, dürfte ihm ja nicht schwer fallen? Und wenn ja, was kriegt er dafür? Hast du ihm den nächsten Referentenposten schon versprochen?

Mensch, Andy, pass mal lieber auf, wer hier eigentlich wen in der Hand hat und ob nicht schon längst der Schwanz mit dem Hund wedelt.

Mit aufmerksamen Grüßen

Deine GAL Fraktion

In und um und um Bamberg herum

Ein gut vernetztes Nahverkehrssystem in Bamberg Stadt und Land gibt es bis heute nicht – dabei sind Pläne und Visionen zum Greifen nah.

Jetzt muss Frau Nüßlein zum Arzt und zwar in die Stadt. Herr Nüßlein ist auch dort, auf Arbeit. Und weil hier kein Bus fährt und der Bahnhof schon vor Jahrzehnten dicht gemacht hat, haben die Nüßleins zwei Autos. Das ist praktisch, so kommt Sohnemann Nüßlein am Wochenende wenigstens in die Disco. Dann schlafen die Nüßleins meistens schlecht.

Oma Eichelsdörfer von nebenan kommt eigentlich gar nicht mehr fort, kann sich aber noch erinnern, wie das damals mit dem Bahnhof war. „Prima“, sagt sie, „in acht Minuten in Bamberg.“ Und heute? Arztbesuche? Einkaufen? Kerwa im Nachbarort? „Da kommt dann mein Sohn aus Würzburg und der fährt mich dann mit dem Auto ...“

Mit dem Beitritt der Region Bamberg zum Verkehrsverbund Großraum Nürnberg (VGN) im Jahr 2010 schien Besserung in Sicht. Doch die Planungen zu einem gemein-

samen Nahverkehrsplan für die über 200.000 Menschen in Stadt und Landkreis Bamberg gerieten zu einer Hängepartie. Am Ende erhält das jetzt vorliegende Papier gerade einmal den unbefriedigenden Jetztzustand. Dabei wäre es endlich an der Zeit, die Verkehrspolitik mutig und grundsätzlich neu zu denken.

Mehr Verkehrspolitik im Haushalt

Fest steht, dass die Landkreiskommunen deutlich besser an einen insgesamt funktionierenden ÖPNV angebunden sein müssen. Dies wird in Zeiten stetig steigender Benzinpreise sowie der Alterung unserer Gesellschaft ein wichtiger Standortfaktor für die Gemeinden werden. Wer will schon von der Mobilgesellschaft aufs Abstellgleis geschoben werden? Ein flächendeckender ÖPNV

aber wird Geld kosten, auch für die Gemeinden.

Die drücken sich bislang größtenteils um ihre Verantwortung: Von 36 Landkreis-Gemeinden geben 20 aktuell keinen einzigen Cent für eine Nahverkehrsverbindung aus. Aber auch der Landkreis stellt in seinen Haushalt nur die ÖPNV-Gelder ein, die er vom Freistaat als Zuschuss erhält, also ohnehin nur dafür verwenden darf.

ROB als Verkehrsdrehscheibe

Elementar wäre ein regionaler Omnibus-Bahnhof im Zentrum Bambergs, ein ROB als Verkehrsdrehscheibe für den öffentlichen Verkehr aus Stadt und Land. Geplant ist er längst, direkt beim Bamberger Bahnhof – und im Jahr 2003 hat Landrat Denzler sogar eine „mittelfristig rasche Umsetzung“ versprochen und damit Sinn für Realsatire bewiesen. De facto stagniert das Projekt, weil die politisch Verantwortlichen – Oberbürgermeis-

ter und Landrat sowie Kreistags- und Stadtratsmehrheit – sich nicht gemeinsam dahinter klemmen. Die mangelnde Bereitschaft der Bahn, den Platz freizugeben, wird als Begründung vorgeschoben. Wertvolle Chancen sind damit bald versäumt. Denn eine Fördermittelquelle, das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, wird 2017 versiegen. Damit sind dann rund 4 Millionen Zuschüsse – ca. die Hälfte der Baukosten – verspielt.

Zu ergänzen wäre die Verkehrsdrehscheibe ROB durch einen Ringverkehr im gesamten Landkreis. Der Verkehrstrom würde nicht nur sternförmig auf die Stadt und aus ihr hinaus führen, sondern wichtige Knotenpunkte im Umland direkt verbinden – etwa die Krankenhausstandorte und die Bahnhofsstationen.

Die Attraktivität der Gemeinden könnte man so deutlich stärken. Einkaufen nämlich kann man auch auf dem Land. Und die Gastronomie unseres Landkreises sucht so wieso ihresgleichen.

Wie wäre es ...?

Längst gibt es auch andere gute Ideen und Konzepte, die Mobilität der Zukunft vernünftig in den Griff zu bekommen.

Wie wäre es mit der Wiederinstandsetzung von ehemals existierenden Schienenwegen? Agilis etwa macht es vor. Das „Schätzer Bockälä“ ist den Älteren noch in bester Erinnerung. Und wie wäre es, wenn in Staffelbach und anderorts zumindest ein paar Mal am Tag wieder ein Triebwagen hält?

Wie wäre es mit einer Nutzung der Wasserstraßen? Bamberg ist ja auch das Venedig des Nordens. Mit Regnitz, Main und Main-Donau-Kanal sind wir hier geradezu gesegnet. Wasserbusse verbinden die Orte an Kanal und Flüssen miteinander und mit der Stadt. In anderen Städten hat sich so etwas zu einer Touristenattraktion entwickelt.

Wie wäre es mit einem Ausbau des Radwegenetzes? Manchmal wirkt auch eine Fuß- und Radwegebrücke an

geeigneter Stelle Wunder. Vor Jahren angedacht, hat sich aber leider zum Beispiel in Sachen Mainbrücke zwischen Bischberg und Oberhaid nie wirklich etwas getan.

Mobilität als solche muss sich wandeln, und zwar grundlegend. Dies wird nur gelingen, wenn die Alternativen zum Auto attraktiv und lohnend sind. Je mehr Menschen auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen, je besser sie angenommen werden, desto leichter wird es mit dem qualitativen wie quantitativen Ausbau, an den Bedürfnissen derer orientiert, die sie nutzen oder noch nicht nutzen. Das Ganze wird eine enorme Anschubfinanzierung brauchen. Die aber wird eine zukunftsweisende Investition sein, eine, die sich rechnen wird, für die Nüßleins, Oma Eichelsdörfer und uns alle ...

Andreas Lösche

Immer aktuell
www.gaznet.de

Der Bus nach Weipelsdorf

... oder ein Konjunkturprogramm für Bamberger Läden und Hotels?

Was taugt der ÖPNV in der Region? Das wollte die Kreistagsfraktion mal am konkreten Beispiel herausfinden und stellte den Grünen-Mitgliedern im Bamberger Landkreis eine Aufgabe: Sie sollten mit öffentlichen Verkehrsmitteln ins Bamberger Landratsamt zu einer Sitzung des Kreistags kommen. Kein allzu schwieriges Unterfangen, sollte man meinen, für jeden Bürger und jede Bürgerin eigentlich machbar. Immerhin befindet sich das Landratsamt in zentraler Lage in Bamberg, direkt gegenüber vom Bahnhof, und die Sitzungen finden nur werktags statt, Beginn 14 Uhr, Ende ca. 17 Uhr.

Die Rückmeldungen aus dem grünen Lager gaben ein zwar nicht repräsentatives, doch aber viel sagendes Bild des öffentlichen Verkehrs im Landkreis ab.

Für Grüne aus **Bischberg** (mit Stadtbusanbindung) oder **Baunach** (Bahnanbindung) stellt die Angelegenheit erwartungsgemäß keinerlei Problem dar. Obwohl auch **Schammelsdorf** als Gemeindeteil von Litzendorf vom Stadtbus bedient wird, müssten politisch Interessierte von dort schon um 9 Uhr losfahren, wenn sie pünktlich zu Sitzungsbeginn anwesend sein wollen. Sie wären dann zwar ausgesprochen frühzeitig in Bamberg und müssten vier Stunden bis 14 Uhr warten, hätten aber beispielsweise viel Zeit, die innerstädtische Geschäftswelt durch ausgeprägten Konsum zu stärken.

Ähnlich erginge es ParteifreundInnen aus **Röbersdorf**, von wo aus man schon um 7.18 Uhr losfahren müsste, um ge-

gen 8.41 Uhr in Bamberg einzutreffen. Auch die Grünen aus **Burgellern**, **Huppendorf** oder **Tiefenellern** könnten sich einen ausschweifenden Vormittag im Weltkulturerbe gönnen.

Wobei etwa der Huppendorfer Kollege mit der „Heimreise“ in Schwierigkeiten geraten könnte, jedenfalls dann, wenn er die Sitzung bis zum Ende verfolgen will. Selbst wenn er in Kauf nimmt, eine Linie zu nutzen, die ihn irgendwo auf der Landstraße ausspuckt, muss er vor 17

Uhr in Bamberg in den Bus steigen, um überhaupt noch in die Nähe von Zuhause zu kommen. Ersatzweise böte sich ihm die Gelegenheit, sich mit seinem Kollegen aus **Weipelsdorf** zusammen zu tun und ins glitzern-der Bamberger Nachtleben zu stürzen – inklusive Über-

nachtung, versteht sich. Wie fit für die Piste dieser Grüne aus der Nähe von Bischberg allerdings am Abend noch ist, kann man schon fragen, denn er musste ja schon in aller Früh um 6.41 Uhr an seiner Weipelsdorfer Bushaltestelle

stehen, um überhaupt pünktlich um 14 Uhr im Landratsamt zu sein. Dafür hat er definitiv keine Gelegenheit mehr, am selben Tag nach Hause zu kommen: Mittags fährt

der letzte Bus zurück.

Vielleicht steckt hinter dem mangelhaften ÖPNV-Angebot im Landkreis (und dort nicht nur in den genannten Orten!) also gar kein Versagen von Verkehrspolitik, sondern ein passgenaues Konjunkturpro-

gramm für Einzelhandel und Hottellerie? Oder aber eine effiziente Abwehr von Bürgerbeteiligung bei Kreistagssitzungen ...

955



Foto: Erich Weiß

Mindestlohn und Mindestrente sind überfällig

Prognosen, Gerüchte und Propaganda kreisen um die Streitthemen Mindestlohn und Mindestrente. Die aktuelle Forschung auf diesem Gebiet zeigt, dass ein Mindestlohn keine Arbeitsplätze kostet und eine Mindestrente aufgrund einer neuen Massenarmut im Alter längst überfällig ist.

Nach den Hartz-Reformen mit der Einführung einer reinen Grundsicherung auch für bisher Erwerbstätige, die arbeitslos werden, kam es zu einem radikalen Ausbau des Niedriglohnsektors in Deutschland, der nun zu den Größten in Europa gehört und amerikanischen Verhältnissen gleicht. Dass nun auch ein Großteil der Vollzeit-Erwerbstätigen auf aufstockendes Hartz IV angewiesen ist, ist das Ergebnis. Dazu kommt, dass Deutschland als eines der letzten Länder in Europa noch keinen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn hat.

Das häufig angeführte Argument, Mindestlöhne würden Arbeitsplätze vernichten und somit die Arbeitslosigkeit noch verschärfen, wird von Gerhard Bosch, Präsident des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) an der Universität Duisburg-Essen, nicht bestätigt. Er

sieht die Beschäftigung von Erwachsenen nicht beeinträchtigt und auch geringe Risiken bei Jugendlichen.

Leider wird bei schlechter Konjunktur in vielen Betrieben der Tariflohn auch dadurch umgangen, dass die Arbeitenden zur informellen Ausdehnung ihrer Arbeitszeit gezwungen werden. Das ist vor allem in kleineren Betrieben gängig und steht natürlich auch beim Mindestlohn als Gefahr im Hintergrund. Ein Mindestlohn kann deshalb nur ein Zwischenschritt zu einer deutlichen Erhöhung der Kaufkraft in Deutschland sein, die seit 15 Jahren stagniert.

Immer wieder empörend ist, wie einige Lobbyisten wie die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) Behauptungen aufstellen, die sie nicht ausführlich begründen, wie etwa, dass bei einem Mindest-

lohn von 7,50 Euro eine Verteuerung der Waren um 40 Prozent zu erwarten sei. Der DGB kommt hingegen in einer Studie von 2008 zu dem Ergebnis, dass sich ein flächendeckender Mindestlohn zu einer wahren Beschäftigungsmaschine entwickeln kann, und bietet damit eine deutliche Gegenstudie an.

Auch die bisherigen Mindestlöhne in den einzelnen Branchen haben laut Böckler-Stiftung zu keinem Jobverlust geführt. Ist es nicht viel eher ein Skandal, dass inzwischen jeder vierte Deutsche nur einen Niedriglohn verdient (durchschnittlich 6,68 Euro pro Stunde in Westdeutschland)? Laut Böckler beziffern sich die staatlichen Einsparungen im Bereich der sozialen Transferleistungen auf knapp 2 Milliarden Euro, würde es einen Mindestlohn von 8,50 Euro geben. Jeder, der für einen ausgeglichenen Haushalt plädiert, müsste also Anhänger eines Mindestlohns sein. Die Zahl zeigt aber

auch, in welchem hohem Ausmaß der Staat hier eine zentrale Aufgabe übernimmt, für die eigentlich die Marktwirtschaft zuständig sein müsste, nämlich für den Lebensunterhalt ihrer

Mindestlohn und Mindestrente sind zentrale Punkte in den Wahlprogrammen der Grünen auf Bundes- und Landesebene. Bereits in den Jahren zuvor gab es mehrere Anträge der Bundestagsfraktion, um den Weg dorthin zu ebnen.

www.gruene-bundestag.de

ArbeitnehmerInnen zu sorgen.

Auch die Mindestrente kann nur ein Zwischenschritt auf dem Weg dahin sein, die gesetzliche Rentenversicherung wieder auf sichere Füße zu stellen. Laut Focus leben bereits jetzt knapp eine halbe Million Rentner in Altersarmut und beziehen Grundsicherung.

Bei Altersarmut denkt die öffentliche Diskussion immer an eine Folge der gesellschaftlichen Alterung. Das vergangene Jahrhundert zeigt allerdings, dass diese Entwicklung nicht zwangsläufig ist: Die Lebenserwartung stieg in Deutschland

von 1900 bis 2000 um über 30 Jahre, der Anteil der Über-65-Jährigen stieg von unter 5 auf über 17 Prozent und zugleich halbierte sich der Anteil der Jugendlichen. In dieser Zeit nahm die Altersarmut nicht zu, sondern sank deutlich. Der Wohlstand der Erwerbstätigen stieg deutlich – ungeachtet kürzerer Arbeitszeiten.

Fazit: Die Altersarmut heute ist nicht Folge einer demografischen Entwicklung, sondern einer sozialen Umverteilung von unten nach oben. Auch deswegen ist sie überfällig: die Mindestrente. DK



Karikatur: Christiane Pfohlmann

Stadtbau GmbH: Auf Abwegen zum Korbleger

Eine neue Trainingshalle für die Brose Baskets wird als Jugendförderzentrum deklariert und von der Stadtbau GmbH gebaut

In der Reihe ihrer Seitensprünge, mit denen sie sich weit weg vom Sozialen Wohnungsbau katapultiert, setzt die Stadtbau GmbH mit anhaltendem und millionenteurem Elan erneut zum Abfedern an.

le und verteilt auf drei Stockwerke – 1. Räume für die Brose Baskets, die in der Halle ihr Training abhalten wollen, 2. Geschäftsräume für die Firma Eberth, von der das Gelände für eine sechsstellige Summe

gen hat. Fast 3 Mio Euro hofft man, über vielfältige Fördergelder zu finanzieren: Rund 1 Mio Euro kommt von Bund und Land über das im Stadtteil Gereuth laufende Programm „Soziale Stadt, die Stadt Bamberg

e.V. (50.000). Verbindlich sind diese Zusagen aber zumeist noch nicht.

Doch wenn Jugendarbeit schon das einzige „Soziale“ ist, was dort stattfinden soll, welchen Raum werden die Jugendlichen bei dem millionenschweren Vorhaben überhaupt einnehmen?

Die geplanten Jugendräume im Erdgeschoss des so genannten „Jugendförderzentrums“ bestehen aus einem Gruppenraum (60 qm), Küche, Büro, Toiletten und Umkleiden für die Halle. Betreut werden sie im Rahmen der offenen Jugendarbeit und im Auftrag der Stadt vom Verein ISO e.V.

Die Trainingshalle darf von den Jugendlichen dann genutzt werden, wenn die Brose Baskets sie nicht brauchen, und das auch nur zu Sportzwecken, nicht etwa für andere Veranstaltungen (Musik o. ä.). Offiziell heißt es, dass 80% der Hallennutzung für die Jugendlichen reserviert bleibt – da darf man gespannt sein.

Aber selbst wenn das so ist: Jugendliche, die in der Halle spielen werden, gehören größtenteils zum Profi-Nachwuchs der Brose Baskets, der übrigens auch von ISO e.V. betreut wird, diesmal im Auftrag der Profi-Basketballer. Diese Nachwuchsförderung hat ein großes Einzugsgebiet und hohe Anfor-

derungen und wird sich deshalb allenfalls zufällig und nur geringfügig an Gereuther Jugendliche richten.

Der Bayerische Jugendring, der anfangs mit einem Zuschuss von 350.000 Euro eingepflanzt war, reduzierte deshalb auch seinen Zuschuss um gute 40%. Es werden nur noch die ausschließlich von den Jugendlichen genutzten Räume gefördert.

Doch Oberbürgermeister, Stadtratsmehrheit und Stadtbau GmbH halten weiterhin an dem Vorhaben fest. Und das, obwohl nicht nur der soziale Nutzen für die Gereuther Jugendlichen mehr als fraglich ist, sondern auch die Finanzierung auf wackligen Füßen steht. Eine Refinanzierung ihres Investitionsanteils erhält die Stadtbau GmbH nur über

die Mietzahlungen der drei Beteiligten Brose Baskets, Firma Ebert und Stadt bzw. ISO e.V. (als Träger der Jugendräume). Feste Verträge oder Vereinbarungen gibt es noch mit keiner Partei.

Das Risiko (ein Abspringen der Firma Ebert als Mieterin wird in der Gerüchteküche schon gehandelt, ein Abreißen der Glückssträhne der Brose Baskets ist nicht unmöglich) liegt also allein bei der „gemeinnützigen Stadttochter“. Profiteur hingegen sind wieder einmal die Brose Baskets, die eine Trainingshalle zur nahezu freien Verfügung ganz nach ihren Wünschen neu gebaut bekommen, ohne dafür auch nur die geringste Investition oder langfristige finanzielle Bindung eingehen zu müssen.

sys / usa



Das Gelände der Firma Eberth, Kornstraße / Lerchenweg in der Gereuth.

Foto: Max Schaible

Neuester Posten im Stadtbaufehlritze-Katalog ist der Neubau einer Basketballtrainingshalle in der Gereuth – als so genanntes „Jugendförderzentrum“ gut getarnt und hoch gepriesen. Untergebracht werden dort – neben der Trainingshal-

abgekauft wurde, und 3. Räume für Jugendliche.

Das ganze Projekt, das die Stadtbau GmbH stemmt, kostet voraussichtlich 3,5 Mio Euro, von denen 578.000 Euro das städtische „Wohnungsbauunternehmen“ selbst aufzubrin-

schießt 350.000 Euro zu, außerdem hat man als Geldgeber noch die Bayerische Landesstiftung (524.000), die Oberfranken-Stiftung (500.000), die Dr.-Robert-Pfleger-Stiftung (250.000), den Bayerischen Jugendring (200.000) und ISO

Seitensprung-Liste

... oder was die Stadtbau GmbH in den letzten Jahren alles projektierte, das nichts mit sozialem Wohnungsbau zu tun hat.

- Rettung der Stechert-Arena im Jahr 2010, nachdem deren damalige Eigentümerin Sabo GmbH kurz vor der Pleite stand, mit einer Bürgschaft in Höhe von 2,5 Mio Euro.
- Bau einer Tiefgarage auf dem ERBA-Gelände für 6,2 Mio Euro (eigentlicher Bauherr war die Campus Tiefgaragen GmbH unter Beteiligung der Stadtbau); außerdem Erwerb eines Grundstücks und Bau von 22 Luxuswohnungen.
- Bau des Jugendgästehauses am Kaulberg für 6 Mio Euro (aus dem Konjunkturpaket der Bundesregierung).

Wenn die Mieterhöhung klingelt ...

In Bamberg herrscht Wohnungsmangel, aber Bamberg versäumt es ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Vor allem Bedürftige werden um ihr Geld betrogen, weil die Stadt auf ihrem Rücken spart. Das bestätigt nun der aktuelle „Stadtentwicklungsplan Wohnen“.

Im Mai 2013 wurde dem Stadtrat die Fortschreibung des „Stadtentwicklungsplans Wohnen“ vorgestellt, womit die von der GAL bereits seit Jahren angegrangene illegale Praxis der Stadtverwaltung öffentlich entlarvt wurde. Ohne Weiteres legte der von der Stadt beauftragte Gutachter Dr. Klaus-Peter Möller (Büro für Systemanalysen) die jährlichen Mietpreissteigerungen der Jahre 2001 bis 2011 in konkreten Zahlen vor.

Genau das hatte hingegen die Stadtverwaltung in den letzten Jahren immer hartnäckig verweigert. Entsprechend diesen durchschnittlichen Mietpreissteigerungen hätte die Stadt nämlich auch die so genannten „Kosten der Unterkunft“ erhöhen müssen, also das Geld, das beispielsweise Hartz-IV-EmpfängerInnen erhalten, um ihre Miete zahlen zu können.

Jahrelange illegale Praxis

Laut Gesetz sind die Sätze dem örtlichen Mietmarkt regelmäßig anzupassen. Die Stadtverwaltung unterließ dies aber, immer mit Verweis darauf, man könne keine belastbaren Zah-

len über Mieterhöhungen recherchieren. Ein entsprechender GAL-Antrag wurde lange nicht behandelt. Die übrigen Fraktionen schauten dem Treiben über Jahre wortlos zu. Derzeit wird nun endlich auf Stadtratsbeschluss ein neuer Mietspiegel erstellt, der dann die gewünschten Zahlen liefern und mit Sicherheit drastische Erhöhungen bei den Mieten feststellen wird. (Siehe auch Artikel unten.)

Fakt ist aber, dass seit 2009 und bis heute Bedürftige zu wenig „Kosten der Unterkunft“ von der Stadt erhalten. Die im Herbst 2012 gnädig bewilligte KdU-Erhöpfung ab 1.1.2013 um 5% (gerechnet bzgl. 2008) entspricht nicht annähernd den tatsächlichen Mieterhöhungen für die Betroffenen, die jetzt durch Möller vorgelegt wurden (siehe Kasten).

KdU-BezieherInnen müssen den Betrag, um den sie von der Stadt geprellt werden, aus ihren Regelleistungen entnehmen, sich also buchstäblich vom

Mund absparen. Diese Praxis ist illegal – und Stadtverwaltung mit Oberbürgermeister Starke an der Spitze ist das natürlich auch voll bewusst, ebenso wie dem Stadtrat, wo es die GAL oft genug zur Sprache gebracht hat.

re seit 2009 also erwartbarerweise ein Millionenbetrag.

Das wurde auf Anfrage der GAL im Familiensenat öffentlich. Die GAL hatte gefragt, bei wie vielen Hartz-IV-

bergs zu zahlen war. Ihre tatsächlichen Kosten für Unterkunft und Heizung/Nebenkosten (KdU) betragen insgesamt 785.836 Euro, pro Bedarfsgemeinschaft waren das 411 Euro. Anerkannt wurden davon jedoch nur 742.599 Euro (pro BG 388 Euro), also über 40.000 Euro weniger.

Diese 40.000 Euro mussten die Betroffenen aus ihren Regelleistungen



Foto: Maria Lanznaster / pixelio.de

480.000 Euro jährlich auf Kosten der Armen gespart

Aber es rechnet sich für den Stadthaushalt: 40.000 Euro sparte sich die Stadt beispielsweise allein im Oktober 2012 auf diese Weise. Hochgerechnet auf das gesamte Jahr wären das 480.000 Euro, über die Jah-

EmpfängerInnen die Stadt nicht die tatsächlichen Mietkosten übernimmt. Und so lauten die harten Fakten: 1.918 so genannte Bedarfsgemeinschaften BG – also Familien, Paare oder Einzelpersonen – gab es beispielhaft im Oktober 2012, deren Miete von der Stadt Bam-

Vier Mal so hoher Bedarf an Sozialwohnungen

Bedürftige Menschen haben in Bamberg aber auch kaum Alternativen, denn der Wohnungsmarkt, vor allem im unteren Preissegment ist dicht. Darüber, wie einkommensschwache Haushalte mit Wohnraum

versorgt sind, legt die Analyse von Klaus-Peter Möller leider nur Zahlen von 2004 vor, doch dürfte sich die Situation seither eher zugespitzt haben. Zu diesem Zeitpunkt gab es 25.650 Mieterhaushalte in Bamberg, von denen 8.200 aufgrund ihres Einkommens und der Haushaltsgröße berechtigt waren, eine geförderte Sozialwohnung zu beziehen. Gleichzeitig gab es 2.750 Sozialwohnungen in Bamberg, wovon mindestens ein Drittel mit nicht mehr förderberechtigten MieterInnen belegt waren. Von den ca. 8.200 einkommensschwachen Haushalten konnten somit nur ca. 1.900 (also nicht einmal ein Viertel) Sozialwohnungen nutzen. Alle übrigen kamen nicht zu ihrem Recht.

Versäumnisse der Stadt

Die Stadt nimmt hingegen kaum ein Instrument wahr, das zur Entschärfung der Lage führen könnte. Eine Kappungs-

grenze als Mietpreisbremse, die neuerdings von Kommunen eingeführt werden kann, wurde vor kurzem auf SPD-Antrag einstimmig im Stadtrat beschlossen, aber damit wird nur an Symptomen herumgedokt. Eine Mieterhöhung wird damit zwar auf maximal 15% innerhalb von drei Jahren gedeckelt, aber am Wohnungsmangel ändert das leider überhaupt nichts – mal abgesehen davon, dass 15% immer noch eine zu hohe Grenze sind. Damit diese Kappungsgrenze gilt, muss dies von der Stadt übrigens erst beantragt werden, und das dauert – vermutlich lange genug, damit Vermieter noch schnell vorher die Miete hochsetzen.

Um gegen den Wohnungsmangel in Bamberg vorzugehen, wären es etwa nötig eine Sozialwohnungsquote in Bebauungsplänen festzulegen, die Stadt als „Gebiet mit erhöhtem Wohnraumbedarf“ auszuweisen (höhere Fördermittel beim Wohnungsbau) oder städtische Flächen in Eigenregie mit klaren sozialen Vorgaben zu entwickeln. Alles Anträge der GAL, die schon wieder seit langer Zeit auf ihre Behandlung warten.

Stadtverwaltung verschleppt Mietspiegel

Ein Stadtratsbeschluss vom Dezember 2011 ist bis heute nicht umgesetzt, und der Kämmerer reibt sich die Hände vor Sparfreude.

Angesichts des angespannten Wohnungsmarkts fasste der Stadtrat vor eineinhalb Jahren zumindest einmal einen richtigen Beschluss, nämlich den völlig veralteten Mietspiegel anzupassen. Der nämlich verhindert überzogene Mietpreissteigerungen und hilft vor allem HartzIV-EmpfängerInnen oder anderen LeistungsbezieherInnen dabei, dass ihre Mieten überhaupt vom Staat übernommen werden.

Im Dezember 2011 also stellte der Stadtrat 150.000 Euro bereit, um einen neuen Mietspiegel erstellen zu lassen. Natürlich ging man davon aus, dass im Sozialreferat mit diesem Geld entsprechende Aufträge vergeben würden. Doch nichts geschah.

Ende Juni 2012 kam dann die Verwaltung überraschenderweise mit dem Thema „Mietspiegel“ noch einmal in den

Stadtrat und ließ die Fraktionen erneut darüber abstimmen, in der Hoffnung und mit dem Vorschlag, das Vorhaben abzublenden. Aber die Stadtratsmehrheit blieb bei ihrer Haltung (wie ja schon sechs Monate vorher).

Im Oktober, also wieder vier Monate später, wurde dann der Auftrag ausgeschrieben. Die Verwaltung brauchte also mehr als hundert Tage, um einfach nur bekannt zu machen, dass dieser Auftrag vergeben wird und man sich dafür bewerben kann.

Im April 2013 – ein weiteres halbes Jahr später – schaffte es die Stadtverwaltung endlich, den Stadtratsmitgliedern im Familiensenat das Ergebnis zu präsentieren, das darin bestand, dass sich vier Büros um den Auftrag beworben hatten.

Noch in der Pressemitteilung vom November 2012 hatte der

Oberbürgermeister verkünden lassen, dass im Sommer 2013 endlich ein neuer Mietspiegel vorliegen würde. Davon ist man bei solcher Verwaltungströdelerei freilich inzwischen weit entfernt – jetzt ist von „Ende 2013/Anfang 2014“ die Rede. Wobei es zu dieser „Erfolgsmeldung“ mit Sicherheit keine oberbürgermeisterliche Pressemitteilung geben wird!

Als die GAL in der Sitzung diese beschämende Chronologie darstellte, erntete sie nicht viel mehr als Schweigen, Desinteresse und Achselzucken. Soziale Gerechtigkeit und Wohnungsnot spielen in Rathaus und Verwaltung eine Rolle ganz hinten unten. Lieber spart man auf Kosten der armen Leute – denn Fakt ist: Sobald der Mietspiegel vorliegt, muss die Stadt tiefer in Kasse greifen.

5/15

Erneuerbare Energien
- seit über 23 Jahren!

Über 2500 realisierte Solarprojekte sprechen für sich!

Ökologische Heizungen
mit Pellet, Hackschnitzel oder Stückholz

Solarthermie - Solarwärme
Heizungsunterstützung

Photovoltaik - Solarstrom
Stromspeicher

Saisonwärmespeicher 2Max
100 % solares Heizen

Kraft-Wärme-Kopplung
stromerzeugende Heizungen

● Ausgezeichnet mit dem Bayerischen Staatspreis 2011

EBITSCH
energietechnik
Zapfendorf

www.ebitsch-energietechnik.de

Gesundes Bauen & Wohnen

GEORG LUNZ

- Maler-Meisterbetrieb
- Angewandte Baubiologie
- Maler-Fachhandel

Geisfelder Straße 8, 96123 Litzendorf
Tel.: 0 95 05 / 61 73, Fax: 0 95 05 / 95 01 33
E-Mail: malermeister.lunz@t-online.de

Wolfgang Grader
Bundestagskandidat (Erststimme)
Bamberg-Forchheim

„Achtung auf Gleis 6 – eine Durchfahrt“. Der Zug rumpelt an uns vorbei, der Kandidat lächelt ungerührt in die Fotolinse. Wolfgang Grader kann der Bahnhofstrubel nicht aus der Ruhe bringen - Lärm, Betriebsamkeit, Eile und Zeitdruck scheinen ihm geradezu den rechten Rahmen für Entspannung zu geben. „Wenn ich im Zug sitze, genieße ich es, auszuruhen und Zeitung zu lesen“, meint der Mittelschullehrer bei unserem Fototermin am Bamberger Bahnhof – und steuert sogleich auf den Kiosk zu, um die SZ zu kaufen.

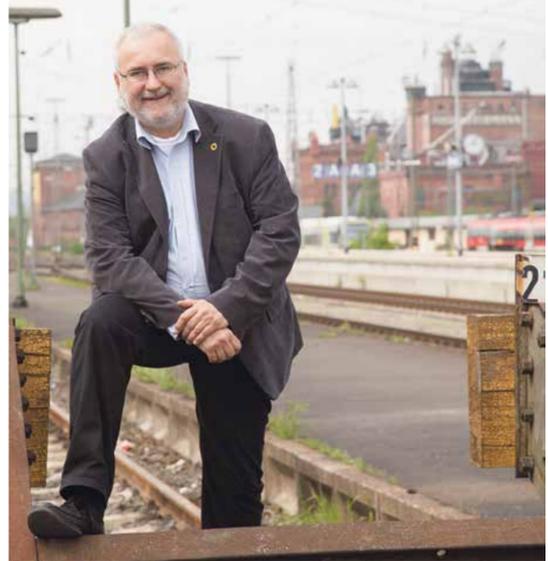
Welche Bedeutung hat der Bahnhof für Wolfgang Grader? „Es ist ein Ort der Bewegung, der Begegnung und der Ferne“, sagt er, der viel unterwegs ist und noch viel mehr Leute kennt - überall auf der Welt. Berlin, wo er als Vorsitzender der Tibet Initiative Deutschland

schon die Altenburg zu sehen – für mich ist das Heimkommen“, fügt er hinzu.

Ärger über die Bahn, über Pannen, Verspätungen oder verstopfte Toiletten? Das passt nicht so recht zu Wolfgang Grader, den Tibet-Experten, der buddhistische Gelassenheit überzeugend mit wienerisch-fränkischer Gemütlichkeit paart – und irgendwie ja auch körperlich repräsentiert. „Früher habe ich mich schon manchmal geärgert, heute habe ich mehr Verständnis“, sagt er, vor allem seit er mehr über das Funktionieren dieses großen Betriebs weiß, über Kabelklau, Selbstmordvorfälle oder andere Hintergründe, die kaum einer kennt.

Und dann bringt Wolfgang Grader noch einen fast philosophischen Gedanken vor: Der Bahnhof sei für ihn auch ein „Ort zwischen den Zeiten“, von dem aus er etwa in die Vergangenheit fahre, nach Wien zu seiner Familie, aber auch in die Zukunft, zu neuen Menschen und

Bahnhof



die Vereinsgeschäftsstelle regelmäßig aufsucht, und Wien, wo er geboren ist und wo seine pflegebedürftigen Eltern und sein Zwillingbruder leben, sind die wichtigsten Ziele seiner Zugreisen. Daneben noch zahlreiche Orte in ganz Deutschland, an denen er Vorträge über Tibet und die Unterdrückung des tibetischen Volkes hält.

Gesprächen. Und als er das ausspricht, wirkt er wie einer, der vielleicht gerade an einem Bahnhof, der so viele Möglichkeiten eröffnet, genau weiß, wo sein Platz ist.

Steckbrief:

+++ geb. 1960 in Wien, seit 1994 in Bamberg +++ Stellvertreter Schulleiter, Diplom-Theologe +++ Vorsitzender der „Tibet Initiative Deutschland e.V.“ +++ GAL-Stadtrat seit 2002 +++ Facebook: „Wolfgang Grader“

Eins, zwei, GRÜN – Richtig wählen!

Bei allen anstehenden Wahlen haben Sie zwei Stimmen zu vergeben. Bei der **Bundestagswahl** sind die Zweitstimmen – also die Wahl einer Partei – ausschlaggebend für die Zusammensetzung des Bundestags. Aber auch mit der **Erststimme** für eineN Kandidatin (in Bamberg: Wolfgang Grader) setzen Sie ein Zeichen für grüne Politik. Außerdem hat Lisa Badum (Forchheim) auf Listenplatz 13 beste Aussichten, in den Bundestag einzuziehen. (Lisa Badum Seite 8) Bei **Landtags- und Bezirkstagswahl** sind hingegen beide Stimmen gleichermaßen entscheidend. Und: Mit der **Zweitstimme** wählen Sie nicht eine Liste, sondern eineN KandidatIn auf der Liste – man kann sein Kreuzchen also auch bei einem hinteren Listenplatz machen. So können KandidatInnen auf hinteren Plätzen nach vorne gewählt werden.

Deshalb haben die Bamberger Grünen in Stadt und Land diesmal eine so genannte **Überkreuz-Kandidatur** bei der Landtagswahl ausprobiert. Die Bamberger Stadträtin **Ursula Sowa** ist Direktkandidatin (Erststimme) im Stimmkreis Bamberg-Land, während **Andreas Lösche** aus Oberhaid um die Erststimmen in Bamberg-Stadt wirbt. Wählen kann man sie dennoch überall beide – entweder direkt mit der **Erststimme** oder über die Liste mit einem Kreuz direkt vor dem Namen. Der Vorteil könnte sein, dass Sowa und Lösche auf der Oberfranken-Liste nach vorne rutschen und beide ein Mandat erhalten. **In jedem Fall empfiehlt sich: Beide Stimmen für GRÜN !!!**

Was sagt der Ort mir? Was sage ich mit diesem Ort?

Ursula Sowa

Landtagskandidatin
Stimmkreis Bamberg-Land: Erststimme
Stimmkreis Bamberg-Stadt:
Zweitstimme Listenplatz 3

Ursula Sowa hat sich den lebendigsten Ort für ihr Portrait ausgesucht: die Untere Brücke. Es ist ein Feiertag Nachmittag, die Sonne scheint. Auf der Brüstung sitzen die Leute, unterhalten sich, sind guter Laune, essen Eis. An uns rollen Kinderwagen und Rollstühle vorbei, um die Mitorai-Skulptur gruppiert sich ein Pulk von rot-uniformierten RadlerInnen (falsche Farbe für unser Foto!), und japanische Touristinnen fotografieren alles, was nicht rechtzeitig fliehen kann.

„Mein Lieblingsort in Bamberg“, sagt Ursula Sowa und es ist klar, dass das an den Menschen liegt. Die GAL-Stadträtin und ehemaligen Bundestagsabgeordnete liebt Kontakt und Gespräche. „Hier begegne ich eigentlich immer Leuten, die

„An der Unteren Brücke finde ich auch die Pole spannend, die hier deutlich werden: zwischen Neu und Alt, also Kunigunde und Mitorai, zwischen den so unterschiedlichen Menschen, die sich hier aufhalten, zwischen der Harmonie, die man heute hier fühlt, und den rechtsextremen Parolen, mit denen immer wieder die Gedenktafeln beschriftet werden.“

Ob sie die Brücke nicht hässlich findet? „Doch, sehr hässlich!“, antwortet Ursula Sowa, „aber auch das erzählt

Untere Brücke



ich kenne.“ Sagt sie – und schon ertönt von der Seite ein freudig-schrilles „Uuschiiii“. Es ist „Uschi“ Frisör (Foto), der sogleich auf sie zustürmt und fachmännisch ihre Frisur in Augenschein nimmt. Er wird begleitet von seiner aufgeregt umher hüpfenden Hündin MaJa, die aber heute etwas vorsichtig behandelt werden muss, weil sie ihre Tage, ihr Besitzer aber das Höschen vergessen hat: „Nicht dass du dich schmutzig machst, Uschi!“. Nach kurzem Smalltalk – „Uschi“ ist jetzt über alles auf dem Laufenden – kann das Foto-Shooting weiter gehen.

Dass sie sich in dem Menschentrubel auf der Unteren Brücke wohl fühlt, braucht Ursula Sowa nicht mehr zu erklären. Sie strahlt einfach. „Mir gefällt es, zu beobachten, wie Menschen öffentliche Räume für sich erobern, für sich nutzen, sie prägen und beleben“, sagt die Architektin, die sich als Politikerin viel mit Stadtplanung beschäftigt.

„Dieser Ort ist für mich der Beweis dafür, dass Demokratie funktioniert“, sagt Ulrike Heuken beim 99Z-Fototermin im Hainbad. Sie war sozusagen an vorderster Front dabei, als sich 2009 geballter Bürgerwiderstand zur Rettung des Hainbads formierte, das aus versicherungstechnischen Gründen von den Stadwerken geschlossen werden sollte.

Der Erfolg ist sichtbar: Das Hainbad wurde zur „Hainbadestelle“, einige Sanierungsmaßnahmen wurden durchgeführt und das Baden im Fluss ist jetzt legal und wird von den Stammgästen wie eh und je genossen. Auch das Kinderbecken konnte gerettet werden. „Das haben wir Bürger geschafft“, meint die Grünen-Politikerin stolz dazu, „ein Sieg der Demokratie“.

Und genau das ist es, was sie mit dem

Hainbad



Ort Hainbad verbindet: „Hier haben sich Menschen ganz unterschiedlichen Alters, verschiedener Herkunft und auch gegensätzlicher politischer Richtungen zusammengefunden und vereint für ihr gemeinsames Ziel gekämpft. Es war ein beeindruckender Zusammenhalt – ein tolles Gefühl, dabei zu sein.“ Und ganz wichtig für die stellvertretende Bürgervereins-Vorsitzende: „Das

Steckbrief:

+++ geb. 1957 in Würzburg, lebt seit 1973 in Bamberg +++ verheiratet, drei erwachsene Kinder +++ Architektin +++ GAL-Stadträtin 1990-2002 und seit 2008, derzeit Fraktionsvorsitzende +++ Bundestagsabgeordnete 2002 bis 2005 +++ Zweite Vorsitzende der „Freunde der Villa Concordia“ +++ Facebook: „Ursula Sowa“

Gerhard Olesch

Bezirkstagskandidat
Stimmkreis Bamberg-Land: Erststimme
Stimmkreis Bamberg-Stadt:
Zweitstimme Listenplatz 12

Dieser Fototermin ist ziemlich musikalisch. Denn Gerhard Olesch hat die 99Z zum Probenbeginn seines Streich-Quintetts bestellt. Im Hintergrund hört man also Geige und Kontrabass, während der passionierte Musiker und Kulturpo-

Hainbad zeigt, dass es sich lohnt, für etwas zu kämpfen.“ Kein weiter gedanklicher Weg zur Frage nach Heuckens Motivation, wenn sie – nun schon zum dritten Mal – für den Bezirkstag kandidiert: „Mit Beharrlichkeit lässt sich etwas ändern.“

Das Hainbad ist ihr Symbolort für „Kraft“ im politischen Geschäft, „aber auch für Entschleunigung“, wie sie betont. Hier hat sie viel Zeit verbracht, als ihre beiden Töchter noch klein waren, hier hat sie ihnen Schwimmen beigebracht. Hier kommt sie manchmal, noch vor ihren täglichen Bürostunden zum Schwimmen her, hier liest sie Unterlagen zur Vorbereitung auf die Stadtratssitzungen.

Während sie für die 99Z ihren Stammplatz auf der großen Wiese und ihre gemietete Kabine (Nr. 55) zeigt, schlendert sie grübelnd und lachend durch die sonnenanbetenden Hainbad-BesucherInnen. „Ach, hallo, Ulil – Hey, Sansa!“ Ein Hainbad-Urgestein in seinem Element.

Quintettprobe



litiker fürs Foto posiert und erklärt, was für ihn diese Situation bedeutet.

„Musik ist mein Leben“, bringt er es kurz und knapp auf den Punkt, und das ist an seinem Lebenslauf unschwer zu erkennen.

Gerhard Olesch, der aus einem einfachen Elternhaus stammt, begann zwar erst mit zwölf Jahren Geige zu spielen, lernte dann aber unglaublich schnell und leidenschaftlich. Mit 16 Jahren besuchte er neben der Regelschule die Vorklasse zur Hochschule, studierte später Bratsche, Schulmusik und Instrumentalpädagogik.

Eigentlich hätte er Orchestermusiker werden wollen, aber ein Unfall mit dem Roller im Alter von fünf Jahren, verbunden mit einem komplizierten Ellenbogenbruch, verhinderte diese Karriere. Den jungen Studenten brachte das keineswegs von der Musik weg. Olesch arbeitete an verschiedenen Musikschulen, baute als Leiter die Kreismusikschule Bamberg auf (bis 2002), war Musiklehrer an Gymnasien und ist heute vor allem freiberuflich tätig.

Steckbrief:

+++ geb. 1963 in Bamberg +++ zwei Töchter +++ gelernte Arzthelferin, Geschäftsführerin der Sandkerwa GmbH +++ stellvertretende Vorsitzende des Bürgervereins Sand +++ GAL-Stadträtin seit 2002 +++ Bezirksrätin seit 2006

Was KandidatInnen erreichen wollen, ihre politischen Ziele und Inhalte, das lässt sich ausführlich in Wahlprogrammen nachlesen – oder hier in der 99Z. Aber welcher Mensch steckt eigentlich hinter so einer Kandidatur, was für ein Typ ist das, welche Gedanken bewegen, welche Situationen beflügeln ihn oder sie? Die 99Z hat versucht, den Bamberger Grünen-KandidatInnen für Bundestag, Landtag und Bezirkstag etwas näher zu kommen und dies mit einem Portrait-Foto zu verbinden. Wir fragten: Welcher Ort in Bamberg hat für dich Symbolkraft und welche Bedeutung oder Botschaft verbindest du damit? Die Antworten waren ebenso unterschiedlich wie spannend und haben ergiebige 99Z-Fototermin und Gespräche ergeben. Hier die KandidatInnen an den von ihnen selbst gewählten Symbol-Orten. *Texte: sys – Fotos: Erich Weiß*

Andreas Lösche

Landtagskandidat
Stimmkreis Bamberg-Stadt: Erststimme
Stimmkreis Bamberg-Land:
Zweitstimme Listenplatz 6

Fototermin am Bamberger Clavius-Gymnasium – dort werden gerade Bauarbeiten durchgeführt. Auf einem Firmenschild wird mit „Komplettanierung“, „Projektentwicklung“ und „Schlüsselfertigbau“ geworben. Begriffe, die auch im übertragenen Sinn zum Thema des gewählten Ortes passen.

Denn für Andreas Lösche symbolisiert die Schulhaus-Baustelle CG mehr als Mauersteine, Elektroleitungen und Dämmmaterial. „Hier wird für mich die größte Baustelle in der Landespolitik sichtbar: die Bildung“, sagt der Grünen-Politiker, der auch am Wahlprogrammteil Bildung der bayerischen Grünen fleißig mitgearbeitet hat.

Wörter wie „Bildung“, „Schule“ oder „Lernen“ wirken wie ein Knopfdruck bei Andreas Lösche. Er ist sofort im Diskussions-Modus und setzt gezielt Argumente im Gespräch. Seine politische Leidenschaft merkt man ihm an, wenn er kritisiert, wie unflexibel und ideologisch von der CSU am starren bayerischen Bildungssystem festgehalten wird, vor allem an der Trennung der Kinder nach vier Jahren Grundschulzeit. „In der Entwicklung eines Kindes ist das der ungünstigste Zeitpunkt“, weiß der Vater von drei Söhnen, die allesamt Bamberger Gymnasien besuchen. „Überall in Europa lernen die Kinder mindestens sechs Jahre zusammen, und auch in einigen anderen Bundesländern geht das – nur Bayern ist stur.“

Visionen für eine andere Schule teilt der Germanist, der selbst mehrere Jahre als Realschullehrer arbeitete, mit sei-

ner Partei: mehr Ganztagsangebote, die nicht nur Verwahrung bedeuten, mehr Eigenverantwortung und Gestaltungsrechte der einzelnen Schulen, weniger Notendruck, mehr Schulsozialarbeit, wohnortnahe Grundschulen auch in kleinen Gemeinden.

Mit der Bildungspolitik hat Lösche sich ein heikles und heiß umstrittenes Politikfeld ausgesucht. Da muss man einiges aushalten, oder? „Stimmt“, meint er mit fester Stimme und kampfeslustigen Lachen – das Ärmel-Hochkrempeln fürs Foto nimmt man ihm ab. Dass er hartnäckig sein kann, beweist er seit vielen Jahren bei seinem Einsatz für eine „Nationalpark Steigerwald“ – auch eine „schwierige Baustelle“, die Beharrlichkeit erfordert.

Der „Andy“ ist ein Mensch, der sich oft und gerne zu Wort meldet, der sachlich und engagiert diskutiert und Freude an der Auseinandersetzung hat. Er ist aktiv in sozialen Netzwerken, streckt seine Fühler nach allen Seiten aus, will debattieren und überzeugen. Ein aktiver Demokrat im besten Sinne also – und folgerichtig sind Demokratiekultur und Medienbildung für ihn auch wichtige Lerninhalte in der Schule.

Steckbrief:

+++ geb. 1967 in Nürnberg, kam 1990 nach Bamberg, seit 2000 in Oberhaid +++ verheiratet, drei Söhne +++ M.A. Germanistik / Politische Wissenschaften +++ Kreisvorsitzender der Grünen Bamberg-Land seit 2006 +++ Engagiert im Kirchenvorstand und als Basketball-Jugendtrainer +++ www.andreas-loesche.com +++ Facebook: „Andy Loesche“ +++ twitter.com/AndreasLoesche +++ youtube: Andreas Lösche

Clavius-Gymnasium



ting des Chefs und ihre Hintergrundrolle ist nach dreißig Minuten auch beendet und so heißt es streng aus dem Off: „Gerhard, wir müssen jetzt endlich anfangen!“

Also bedeutet das: Tschüss für die 99Z-Leute und Dvořák für Gerhard – am 7. September bei den Rosengarten-Serenaden muss das Stück schließlich sitzen.

Steckbrief:

+++ geb. 1954 in Osnabrück, seit 1991 in Huppendorf (bei Königsfeld) +++ ein erwachsener Sohn, ein „Nachzügler“ wird erwartet +++ Bratschist, freiberuflich Musiklehrer und Dirigent +++ Vorsitzender „Rosengartenserenaden Bamberg e.V.“ und Mitglied im Landesvorstand der „Jeunes musicales Deutschland“ +++ seit 2007 Kassier der Grünen Bamberg-Land

Weitere Kandidatinnen und Kandidaten aus der Region Bamberg

Lisa Badum

Bundestagswahl Listenplatz 13



geb. 1983 in Forchheim, wohnt in Forchheim
Dipl.-Politikwissenschaftlerin
Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Wahlkreisbüro von MdB Uwe Kekeritz (Fürth)
Mitarbeiterin bei der Naturstrom AG (Forchheim)
Kreisrätin und Kreisverbands-Sprecherin in Forchheim
Sprecherin im Grünen-Landesarbeitskreis Frauen- und Gleichstellungspolitik
Mitglied im Parteirat der bayerischen Grünen

Valentin Motschmann

Bundestagswahl Direktkandidat Lichtenfels-Kulmbach



geb. 1987 in Schönbrunn/Bad Staffelstein
Politikwissenschaftler (BA)
Mitglied im Kreisvorstand Grüne-Lichtenfels und im Bezirksvorstand Grüne-Oberfranken
Grüner Vertreter beim Aktionsbündnis „Weismain ist Bunt“ und bei NEO (Neue Energien Obermain)

Klaus Fischer

Landtagswahl Listenplatz 14



geb. 1958 in Bamberg, wohnt in Gundelsheim
Dipl. Ing. (FH), IT-Berater und Service Manager bei einem Elektrokonzern
verheiratet, zwei erwachsene Töchter
Kreisvorstand Grüne Bamberg-Land 1996-2002, seit 2007 Vorstandssprecher

Magdalena Mayer

Landtagswahl Listenplatz 9



geb. 1984 in Amberg, wohnt seit 2006 in Bamberg
Diplom-Romanistin, Fremdsprachenlehrerin
GAL-Vorstandsmitglied
aktiv bei der Bamberger Flüchtlings-Initiative „Freund statt fremd“

Manfred Neumeister

Bezirkstagswahl Listenplatz 3



geb. 1956 in Wittenberg, wohnt in Hollfeld
Stadtrat Hollfeld, Kreisrat Bayreuth
verheiratet, eine Tochter
Fahr- und Sicherheitslehrer, Dozent des DVR
Vorsitzender des Bayerischen Fußballverbands der Landkreise Bamberg, Bayreuth und Kulmbach

Peter Gack

Bezirkstagswahl Listenplatz 12



geb. 1958 in Bamberg
Diplom-Betriebswirt, Geschäftsführer GRIBS
drei Kinder, ein Enkelkind
Stadtrat 1984-90 und seit 1996
Initiator der ersten Bamberger Bürgersolarlächer, heute Geschäftsführer von acht Projekten in der Region
Mitbegründer Bamberger Süßholzgesellschaft
Fährmann am Mühlwörth (Projekt „Chance-Jugend-Fähre“)

**Affäre Mollath:
Vertuschen,
Wegsperrern,
Lügen und Betrügen.**

Dr. iur. h. c. Gerhard Strate,
Strafverteidiger von Gustl Ferdinand Mollath
und Dr. Martin Runge, MdL,
Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN im
Bayerischen Landtag

DONNERSTAG, 1. AUGUST

19:30 UHR
HAAS SÄLE, BAMBERG
(Obere Sandstraße 7)

www.gruene-fraktion-bayern.de



**Eine Spende
macht noch keinen
Wahlsieg!**

Aber viele kleine Spenden,
viele kleine Hilfen bei Aktionen,
viele kleine Diskussionen
– die können schon Großes
bewegen.

Deshalb, unterstützen Sie den
Grünen-Wahlkampf mit einer
Spende auf unser Konto
578 012 304 bei der Sparkasse
Bamberg BLZ 770 500 00.
Informieren Sie sich bei unseren
Info-Ständen und Veranstaltungen
– und überzeugen Sie FreundInnen,
KollegInnen, Verwandte.
Bringen Sie sich aktiv mit ein,
gestalten Sie mit, werden Sie
Mitglied! Kontakt: kreisverband@gal.bamberg.de
Immer aktuelle Infos über die
GAL: www.gal.bamberg.de

Immer aktuell
www.gaznet.de

Termine

**Sonntag, 21. Juli 2013,
11 Uhr**
Windkraft und Denkmalschutz – Vortrag mit Diskussion
Referent: Dr. Thomas Gunzelmann vom Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege
„Gasthaus Steigerwald“, Lisberg

Montag, 22. Juli 2013
MdL Christian Magerl in Bamberg
16.30 Uhr: Ortsbegehung
Flugplatz Breitenau mit BI
Lichteneiche und Umweltverbänden
18.00 Uhr: „Lärmschutz,
Naturschutz – was bringt
uns der Flugplatz-Ausbau?“
Info-Abend,
Sporthaus Lichteneiche

Donnerstag, 8. August 2013
MdB Uwe Kekeritz in Bamberg
19.30 Uhr: Info-Abend
„Das grüne Steuerkonzept“, VHS-Kantine,
Tränkergasse, Bamberg

Sonntag, 15. September 2013
Landtags- und Bezirkstagswahlen

Sonntag, 22. September 2013
Bundestagswahl

Donnerstag, 1. August 2013, 19.30 Uhr
Die Affäre Mollath (siehe Anzeige oben)

Weitere Infos:
www.gal.bamberg.de

RATHAUSMAGAZIN

Sand im OB-Hirn und in der Parkraumbewirtschaftung

Ob der Oberbürgermeister in seinem Rathaus wohl eine große Schublade mit Sand hat, in die er immer dann seinen Kopf steckt, wenn ihm politische Entscheidungen zu heikel und unbequem werden?

Beim Parkraumbewirtschaftungskonzept hat man doch schwer den Eindruck. Seit Jahren geht Bamberg mit dem Thema schwanger, Ende 2009 gab es dann endlich einen Grundsatzbeschluss des Stadtrats, die öffentlichen Stellplätze in der Innenstadt neu zu ordnen und teilweise kostenpflichtig zu machen. Doch nach intensiven Lobby-Protesten eines Teils der Einzelhändler in der City knickten OB Starke und die Stadtratsmehrheit ein

und fassten einen aufschiebenden Beschluss: Die Stadtverwaltung sollte Sondierungsgespräche mit den Wirtschaftsverbänden und den Beteiligten des Masterplan-Verfahrens (also BürgerInnen aus der Bürgerbeteiligung) führen, um die damals unübersichtliche Gemengelage zu klären und für den Stadtrat zu dokumentieren.

Dieser Beschluss wurde im Februar 2011 gefasst, mit dem Auftrag, noch vor der Sommerpause in einer zweiten Lesung zu berichten. Doch die fand bis heute – zwei Jahre später – nicht statt. Vielmehr herrscht Stillstand an der Parkplatzfront, und im oberbürgermeisterlichen Hirnzentrum rieselt vermutlich der Sand.

Längst hat die GAL beantragt, dass es endlich vorwärts geht und der Stadtrat handfeste Beschlüsse fassen und auch umsetzen muss. Und die GAL steht mit ihrer Kritik nicht al-

lein. Auch der kürzlich vom Stadtrat beschlossene Nahverkehrsplan für Stadt und Landkreis schreibt der Stadt ins Hausaufgabenheft, dass eine ÖPNV-Förderung mit einer konsequenten Parkraumbewirtschaftung verbunden sein muss.

Vielleicht sollte man das Oberhaupt der Stadt in einer konzertierten Bürgeraktion endlich aus seiner Sandschublade ausgraben ...

Umweltsenat radelt rückwärts

Noch 2012 setzte der Umweltsenat der Stadt ein löbliches Ziel: Jährlich sollten 5 Euro pro Einwohner für den Radverkehr ausgegeben werden, also ca. 350.000 Euro pro Jahr. Vorausgegangen war eine lange und akribische Vorarbeit

des Fahrradforums (ein Gremium aus Stadtrat, Stadtverwaltung und Verbänden), das eine so genannte „Radverkehrsstrategie“ erstellt hatte. Diese war vom Umweltsenat einstimmig beschlossen worden, samt der 5-Euro-pro-Kopf-Marke.

Im Haushaltsentwurf für 2013 hatte der Kämmerer – trotz der einstimmigen Empfehlung aus dem Umweltsenat – jedoch null und nichts eingestellt. Was der Umweltsenat beschließt, ist dem Kämmerer egal – und auch ein Pflichtgefühl des Oberbürgermeisters gegenüber Gremien wie dem Fahrradforum gibt es nur bei Sektempfängen und Begrüßungsreden. Auf Antrag der GAL konnte man sich bei den Haushaltsberatungen dann wenigstens auf 50.000 Euro einigten (praktisch nur ein Erinnerungsposten im Etat).

Im März beschäftigte sich der Umweltsenat erneut mit

der Radverkehrsstrategie und wurde prompt auf Linie gebracht. Man radelte gehorsam rückwärts und stutze brav seine Ziele zusammen. Die Senatsmitglieder wollen nun nur noch 200.000 Euro jährlich für den Radverkehr. Gegen die Stimmen der GAL, denn das ist nicht nur ein Rückschritt, sondern auch ein Schlag ins Gesicht all derer, die sich am Fahrradforum beteiligt haben. Und ob es die 200.000 Euro dann wirklich im Haushalt gibt, ist ohnehin fraglich, wie die bereits gemachten Erfahrungen zeigen. Nicht selten stimmen Mitglieder des Umweltsenats, die auch im Finanzsenat sitzen, in den jeweiligen Sitzungen völlig unterschiedlich ab.

Verkehrspolitik mit PolitikerInnen, die in die eine Richtung blinken und in die andere Richtung radeln, kann ja auch nicht zielführend sein.

Sie möchten Steuergerechtigkeit wählen? Na dann: Alles im grünen Bereich!

Der Mittelstand wird ausgeblutet, Familien mit nur einem erwerbstätigen Elternteil ans Hungertuch gebracht, Unternehmen geht es an den Kraken, Grüne greifen ihrem eigenen Klientel in die Tasche – so oder so ähnlich klingen mancherorts die Schauermärchen rund um das neue grüne Steuerkonzept. Was stimmt wirklich? Die 99Z hat sich's mal genauer angesehen.

Mehr Steuergerechtigkeit

Das ist das Hauptziel der grünen Steuerreform. Alle Haushalte mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen* (siehe Kasten) unter 60.000 Euro zahlen weniger Steuern. Bei knapp 70.000 Euro und darüber fal-

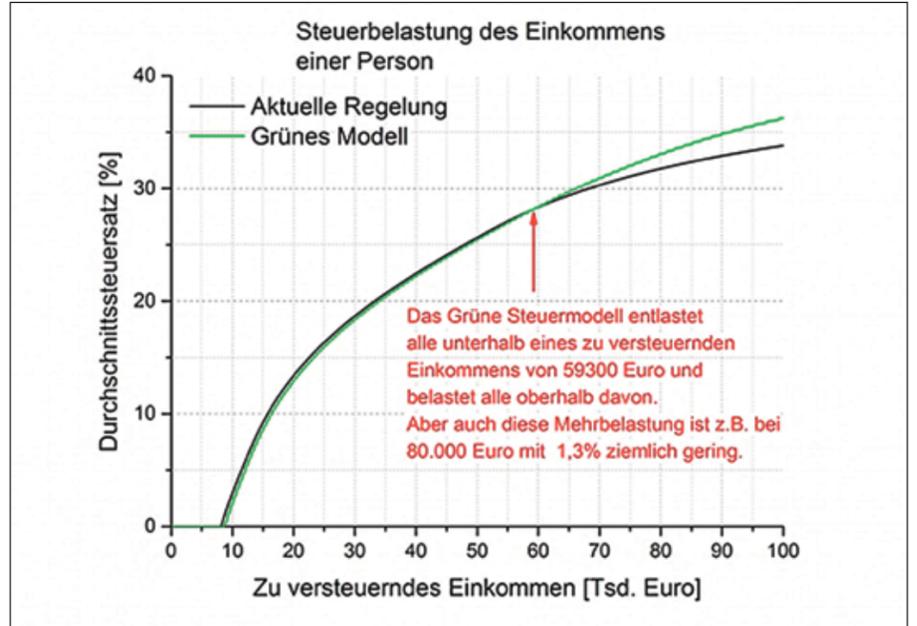
Vermögensabgabe einführen

Vermögen ist hierzulande sehr ungleich verteilt. Etwa 82.000 Menschen – das ist ein Tausendstel der deutschen Bevölkerung – besitzen ein Nettovermögen von über 1.600 Milliarden Euro. Und das reichste

Einelternfamilie aufwächst. Dagegen profitieren kinderlose Ehepaare von dieser Subvention.

Die Grünen wollen das Splitting sozialverträglich und schrittweise abbauen, indem in einem ersten Schritt der Steuervorteil eines Ehepaars auf maximal 1.500 Euro begrenzt wird. Erst ab einem Jahreseinkommen von 78.000 Euro würden zum Beispiel Alleinverdiener-Ehepaare mit zwei Kindern mehr Steuern zahlen.

Dem gegenüber soll der Systemwechsel zur Kindergrundsicherung eingeleitet werden, was Familien mit geringem und normalem Verdienst zugun-



Die Linie markiert das „zu versteuernde Einkommen“, also bereits nach Abzug von Werbungskosten, Sonderausgaben etc. Laut Statistischem Bundesamt verdienen nur 8 Prozent aller EinkommensteuerzahlerInnen mehr als 5.000 Euro im Monat (60.000 Euro im Jahr).
Quelle: MdB Gerhard Schick

| | | | |
|--|----------------------------------|---|--|
| | | | |
| 40% Investitionen in Bildung und Betreuung | 25% Abbau von Schulden | 21% Gerechtere Sozialleistungen | 13% Energiesparfonds und Klimaschutz |

Wohin Bündnis go/Die Grünen die Mehreinnahmen umverteilen will.

len bei Ledigen höhere Steuern an (konkret bei 70.000 Euro sind das rund 50 Euro mehr im Jahr).

* Wer beispielsweise 4.000 Euro monatlich verdient, erhält ein Jahresbruttoeinkommen von $12 \times 4.000 = 48.000$ Euro. Sein „zu versteuerndes Jahreseinkommen“ ist der Betrag, nachdem vom Jahresbruttoeinkommen noch Werbungskosten, Betriebsausgaben, Sonderausgaben, Behinderungsgrundsicherung, Kinderfreibeträge usw. abgezogen werden. Es liegt, individuell verschieden, also immer unter dem Jahresbruttoeinkommen.

Spitzensteuersatz erhöhen

Der Spitzensteuersatz ab 80.000 Euro zu versteuerndem Jahreseinkommen* soll auf 49 Prozent (jetzt 42 Prozent) angehoben werden. Dieser wird aber erst für jeden Euro ab der Schwelle von 80.000 Euro fällig. Und: Nur für die einkommensstärksten zehn Prozent der Haushalte würde das eine Steuererhöhung bedeuten.

1 Prozent der Bevölkerung besitzt 35 Prozent des gesamten Vermögens.

Das grüne Steuermodell will eine auf zehn Jahre befristete Vermögensabgabe von 1,5 Prozent einführen. Diese soll nur für Personen gelten, die als Einzelne über ein Privatvermögen von mehr als 1 Mio oder über ein Betriebsvermögen von mehr als 5 Mio verfügen. Dadurch könnten wir die Staatsverschuldung um 100 Milliarden Euro reduzieren.

90 Prozent der deutschen Unternehmen, also der gesamte Mittelstand, blieben davon übrigens unberührt. Und: Die grüne Vermögensabgabe ist keine Substanzbesteuerung, sie verringert nicht das Betriebsvermögen, sondern wird fällig, wenn auch Gewinn gemacht wird, und vom Gewinn werden maximal 35 % als Vermögensabgabe erhoben.

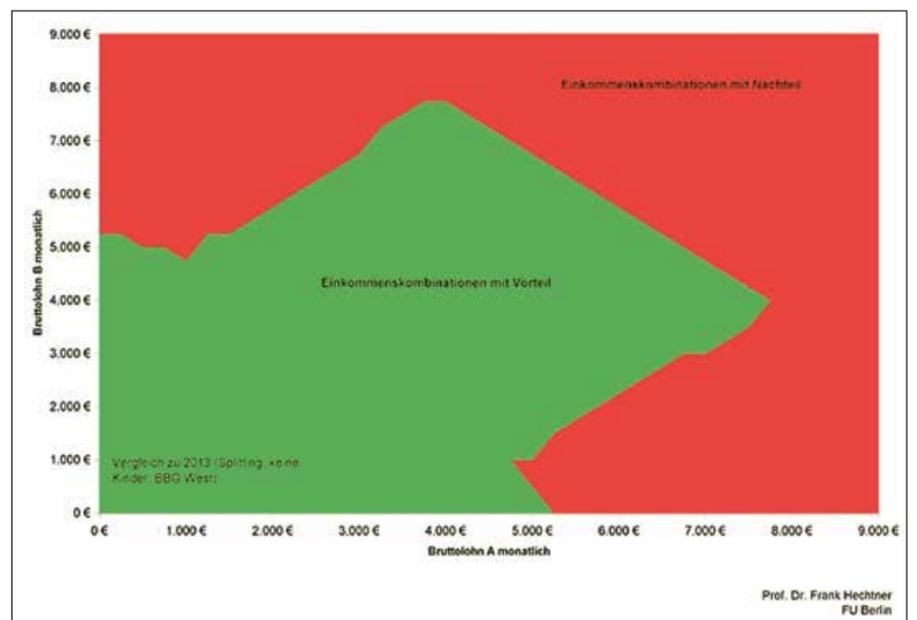
Vom Ehegattensplitting zur Kindergrundsicherung

19 Milliarden Euro kostet jährlich das Ehegattensplitting. Jedes vierte Kind aber hat nichts davon, weil es bei nicht verheirateten Eltern oder in einer

te kommen wird. So soll eine Familie mit zwei Kindern und einem Einkommen von 45.000 Euro mehr Geld als heute behalten (528 Euro pro Jahr, bei einem Kind 264 Euro).

Und auch das soll sich ändern:

- Ende für das schwarz-gelbe Betreuungsgeld
- Aus für die Mehrwertsteuerermäßigung für Hoteliers
- Kein Dienstwagenprivileg (steuerliche Vergünstigung bei Anschaffung und Nutzung von Firmenwagen)
- Abschaffung der Abgeltungssteuer (die hohe Zinseinkommen mit niedrigem Steuersatz begünstigt)
- Verdoppelung der Erbschaftsteuer



Die Wirkung der Grünen Splitting-Änderungen hängt von der Kombination der Einkommen der beiden Ehepartner ab. Die Grafik zeigt grün, wo eine Ent-, und rot, wo eine Belastung entsteht. Selbst bei Alleinverdiener-Ehen, die schon heute am meisten vom Splitting profitieren, setzt eine Mehrbelastung erst ab einem Einkommen von rund 5000 Euro im Monat ein.
Quelle: Prof. Dr. Frank Hechtner, FU Berlin

Dass die Zahlen des Grünen Steuerkonzepts übrigens korrekt berechnet sind, wurde inzwischen sogar durch eine mikrodatenbasierte Analyse im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), wahrlich keine grünahe Organisation, bestätigt.

GAL Bamberg auf facebook

Energiewende Bamberg

z.B. riese und müller Culture Hybrid Bosch

Sommer-Öffnungszeiten:
Mo und Do Frühannahme in der Werkstatt ab 7:30 Uhr.
Montag bis Freitag 10 bis 18:30 Uhr
Samstag 10 bis 14 Uhr

Bei uns können Sie etwa 25 Testräder der Marken *Utopia, Velotraum, Cannondale* und *Specialized*, riese und müller, sowie *blue label* ausführlich erfahren. Gerne auch übers Wochenende.

Der Radladen Bamberg NRG GmbH
Markusstraße 12
96047 Bamberg
Laden: 0951 - 57853
Werkstatt: 0951 - 4088717
info@radladen-bamberg.de

www.radladen-bamberg.de

Echt grün, unsere E-Bikes: 0,1 l/100km

radladen
Alles anders. Wie gewohnt.

Gut zum Fuß - gut zur Umwelt - GUTE WAHL!

SCHUH-LECHNER
... natürlich bequem!

Bei uns erhalten Sie
Bundgaard + Va Bene + Haferl + Think + Ganter + Loont's + Wesenjak + Hartjes + Highlander + trippen u.v.m.

BA - JOSEPHSTR. 9 (Nähe Luitpoldstr.)
Mo - Fr 9.30 - 18.30 h Sa 9.30 - 14 (16) h Tel 0951/201266
Bus 5 min Luitpold-Eck Bahnhof 5 min P im Hof

Petra Friedrich
Staatl. geprüfte Technikerin (Hochbau)
Hemmerleinstr. 3, Rückgebäude
96050 Bamberg

Ökologische Altbausanierung

(t) 0951 203499 (h) 0160 6952999
(m) baupet@bnv-bamberg.de

„Wächterhäuser“ auf dem US-Gelände?

Wenn das US-Gelände ins Eigentum des Bundes übergeht, stehen die Gebäude erst einmal längere Zeit leer – und alle Versorgungsleitungen werden ungenutzt bleiben. Ein solcher „entnahmelooser Zustand“ führt aber unweigerlich zum Verfall und zu einem Wertverlust an Infrastruktur in Millionenhöhe. Doch es gibt eine Alternative, meint die GAL.

Jetzt ist es amtlich: Voraussichtlich im Frühjahr 2015 wird der Bund die Bamberger US-Flächen offiziell in Empfang nehmen, also ein halbes Jahr nach dem Abzug der Amerikaner. Federführend wird die BImA, Sparte Verwaltungsangelegenheit, sein (BImA = Bundesagentur für Immobilienaufgaben). Und die Sparte Facility Management wird dann zuständig sein für die weitere Sicherung der Fläche bis zu einer

endgültigen Entscheidung, ob und wann die Stadt Bamberg ihr Vorkaufsrecht ausübt und die Fläche komplett erwirbt. Das nämlich ist noch lange nicht in trockenen Tüchern.

Klar ist aber heute schon, dass die Infrastruktur der Flächen (Wasser-, Strom-, Entsorgungs- und Fernwärmeleitungen) von der BImA nur „im entleerten bzw. abgeschalteten Zustand“ (O-Ton Stadtverwaltung) übernommen wird.

Grund dafür: Die BImA hat nach ihrer eigenen Aussage keinerlei Mittel für deren Instandhaltung, nicht einmal für eine vorübergehende.

Verkeimung und Korrosion

Was bedeutet das? Für die meisten Leitungsnetze bedeutet ein länger wählender „entnahmelooser Zustand“ schlicht und einfach Verkeimung bzw. Korrosion. Dem Stadtrat wurde klipp und klar prophezeit: „Bei einem längere Zeit andauernden Stillstand (mehr als ein halbes Jahr!) ist daher zu pro-

richtig weiß, wohin er mit seiner Schleuder zielen soll. Denn es ist sehr unwahrscheinlich, dass die Stadt Bamberg bis zum Frühjahr 2015 weiß, wo es planerisch lang geht. Nach jetzigem Stand soll bis zum Frühjahr 2015 nur ein – im Rahmen der BürgerInnenbeteiligung erarbeitetes – Rahmenkonzept vorliegen, auf dem die eigentlichen weitergehenden Planungen basieren.

Für die GAL ist klar: Die Leitungsnetze dürfen nicht dem Verfall anheim gegeben werden, volkswirtschaftlicher Schaden ist zu verhindern. Doch kann das gelingen? Ja, es kann.

Die Geschoßwohnungen, die Kasernen und die verschiedenen Dienstleistungseinrichtungen sind zum Übergabezeitpunkt größtenteils bezugsfertig, auch wenn im Früh-



Foto: Max Schaible

neigez d

Richtig? Falsch? Manchmal ist die Welt verkehrt ...

Es gibt kein richtiges Leben im falschen – das mag ja stimmen. Aber offenbar gibt es richtige Ergebnisse in der falschen Politik.

Die „Wolfsschlucht“ ist ein Beispiel dafür. Als die Stadtverwaltung Ende 2012 in einer Eilaktion vorschlug, die Jugendherberge vorübergehend zu einer Unterkunft für Asylsuchende umzufunktionieren, weil der Bedarf akut war und man ein Jahr lang versäumt hatte, für die absehbar ansteigende Zahl von Flüchtlingen Wohnraum zu suchen – da stimmte auch die GAL-Fraktion schweren Herzens zu. Denn natürlich musste man schnellstmöglich Wohnraum für die Flüchtlinge finden, aber auch um die Zukunft der Jugendherberge war die GAL besorgt. Hatten wir doch schon vorher mehrere Anfragen zum dortigen Sanierungsbedarf gestellt, die immer abgewiegelt worden waren.

Als sich dann umgehend Bürgerprotest in der Nachbarschaft in Bug formierte und der Populismus-Zar im Stadtrat, Norbert Tscherner, sich sofort mit einem Bürgerbegehren dran hängte, war die politische Gemengelage wiederum beklemmend uneindeutig. Einerseits war ein Erhalt der Jugendherberge wünschenswert und die Unterbringung von Asylsuchenden dort auch in ihrem eigenen Interesse ziemlich ungeeignet. Andererseits bemäntelte ein von den Aktiven zur Schau getragenes „Herz für Jugendliche“ ganz klar auch Ressentiments gegen Flüchtlinge, rassistische Vorurteile und Widerwillen gegen „ausländische Sozialschmarotzer“.

Vor diesem Hintergrund ist es einigermaßen unerträglich, aber leider nicht von der Hand zu weisen, wie diese „falsche“, weil widerlich anmutende Politik dann doch zu einem „richtigen“, weil erfreulichen Ergebnis führte. Um den Bürgerentscheid zu verhindern, ging Oberbürgermeister Starke einen Kompromiss ein. Die Jugendherberge bleibt erhalten – eine Sanierung, die auch die GAL immer wollte, muss nun finanziert werden. Für die Flüchtlinge werden andere und (hoffentlich) geeignetere Unterkünfte gesucht – da gibt es noch einigen Handlungsbedarf. Und das eingesparte Geld für den Bürgerentscheid (60.000 Euro) soll für Asylsozialbetreuung eingesetzt werden, was geradezu einen Quantensprung in der Bamberger Kommunalpolitik darstellt, denn hier stieß die GAL bislang permanent auf taube Ohren bei der Stadtratsmehrheit, wenn sie mehr Geld forderte.

sys



Foto: Max Schaible

gnostizieren, dass still gelegte Leitungsnetzteile daher weitestgehend erneuert werden müssten.“ Funktionierende Infrastruktur ließe man also ohne Not einfach kaputt gehen – eine Ressourcenverschwendung sondergleichen.

Der Stadtrat sollte sich nun überlegen, mit welcher Handhabe er diesen Schildbürgerstreich verhindern kann. Die Rolle der Stadt ist dabei denkbar undankbar, da sie ja noch nicht im Besitz der Flächen ist, sondern die Rolle eines nahezu Rechtlosen einnimmt. Die Stadtverwaltung meinte dazu ziemlich vage, dass es maßgeblich von den künftigen Planungsüberlegungen abhängen werde, ob und an welcher Stelle es sinnvoll sei, Leitungsnetze zu erhalten oder aufzugeben. Und man wolle weiterhin im Gespräch mit den Spartenträgern der BimA bleiben.

Viele Gebäude bei Übergabe bezugsfertig

Diese Aussagen lassen erkennen, dass sich David von Goliath zwar nicht alles gefallen lassen will, aber noch nicht so

jahr 2015 noch niemand genau weiß, was künftig daraus wird. Die GAL schlägt deshalb das Prinzip „Wächterhäuser“ vor, also strategisch gut ausgewählte Häuser in Teilen und nur befristet zu vermieten, so dass die Versorgungsleitungen genutzt werden.

Kurzfristig vermietet – erhalten und bewacht

So wird es beispielsweise schon in Leipzig oder Bremen praktiziert. Der Leipziger Verein „HausHalten e.V.“ hat das Ziel, Leerstand zu vermeiden, durch kurzfristige Mietverträge Gebäude in der Nutzung zu halten und somit auch zu pflegen bzw. zu erhalten. Denn auch jenseits des üblichen Mietmark-

tes besteht ein Bedarf nach unkonventionell nutzbaren Räumlichkeiten. Der Verein bringt „kreative Hauswächter“ in Hausmeisterfunktion mit Hauseigentümern zusammen.

Vorteil für den Hausbesitzer: Er hat keine Unterhaltskosten, das Gebäude verfällt nicht und auch vor Vandalismus wird es „bewacht“. Das Gebäude wird in bewohntem und belebtem Zustand außerdem positiv nach außen wahrgenommen, was auch der ganzen Straße bzw. dem gesamten Viertel gut tut.

Vorteil für die MieterInnen: Sie erhalten günstigen, meist sehr großzügigen Raum für Wohnen oder Dienstleistungen oder Kultur. Oft wird von den VermieterInnen auf Miete ganz verzichtet und nur die Neben-

kosten abgerechnet. Im Gegenzug verzichten die MieterInnen auf Kündigungsschutz, wenn der Vermieter eine andere Nutzung findet.

Was privaten Hauseigentümer in Leipzig taugt, ist auch ein probates Modell für Bamberg, das die Stadt mit der BImA baldmöglichst und mit höchster Priorität verhandeln sollte. Auch hier würde das nur Vorteile bringen, nämlich einen Werterhalt der sonst verfallenen Versorgungsleitungen. Die GAL wird einen Antrag in die nächste Sitzung des Konversionsssenates am 17.9.2013 einbringen, in der Hoffnung, dass der alternative Korrosionsschutz durch echte MieterInnen auch eine Mehrheit findet.

Ursula Sowa

Gemüse aus dem Herzen der Stadt frisch und freundlich mitten in der Stadt kaufen



Einfach zugreifen: Das tagesfrische Gemüse des Bamberger Biolandgärtners **Sebastian Niedermaier** ist ein regionaler und saisonaler Hochgenuss! Jetzt bei uns in der AU-Straße.

Pamina
Bio. Und genießen.

AU Katharina Müllerschön
Austraße 14 | 96047 Bamberg
Tel: 0951 - 5099399
Öffnungszeiten:
Montag - Freitag: 8:30 Uhr - 19:00 Uhr
Samstag: 8:30 Uhr - 14:30 Uhr
www.pamina-bio.de

Konversionsssenat stimmt GAL-Antrag „IBA“ zu
Die grüne Idee, eine IBA (Internationale Bauausstellung) nach Bamberg zu holen, stellte GAL-Stadträtin Ursula Sowa auf der Titelseite der letzten **gaz** No. 77 vor. Unterstützt wird die Idee seither von zahlreichen ArchitektInnen und weiteren Bamberger BürgerInnen, an ihrer Spitze der frühere Baureferent der Stadt, Carsten Jonas. Der entsprechende GAL Antrag, die Idee einer IBA in Bamberg zu prüfen, wurde nun vom Konversionsssenat einstimmig beschlossen.
Zum Nachlesen: www.gaznet.de > **gaz77**

Ene ... mene ... Mitte ... Ost ... Bahnausbau in Bamberg

Erfolgt der Bahnausbau durch Bambergs Mitte oder über eine Ostumfahrung? Im November fällt die Entscheidung. Derzeit werden beide Lösungen ernsthaft geprüft, jedoch droht die Variante „Güterzug-Ostumfahrung“ der AG Bahnsinn unter den Tisch zu fallen.

Es herrscht Planungschaos bei der Bahn. Der große Streit um Bambergs unaufhaltsamen Bahnausbau – zwei zusätzliche Gleise müssen verlegt werden – hält an. Noch immer ist unklar, ob der Bahnausbau um Bamberg herum oder durch Bamberg hindurch erfolgen soll. Immerhin ist – angeblich – klar, dass die Anschlussstellen zu den im Landkreis befindlichen Strecken dadurch unverändert bleiben.

Die DB hat bereits eine Machbarkeitsstudie für eine Ostumfahrung erarbeitet, nämlich entlang der Autobahn in Bambergs Osten. Eine ebensolche Studie für die Strecke durch Bamberg auf der vorhandenen Trasse wurde nun in Auftrag gegeben. Für den Ausbau der Bestandsstrecke gibt es bislang nur eine grobe Planung, die zum Aufschrei in unserer Stadt führte, da sie mit sechs bis acht Meter hohen

Lärmschutzwänden verbunden wäre. Die GAL hatte durch eine Aktion vor Ort schon im November 2010 Alarm geschlagen, um diese städtebauliche Todsünde zu verhindern. In der Folge gründete sich mit der „AG Bahnsinn“ eine Bürgerinitiative, die sich vehement gegen die Lärmschutzwände aussprach, nach Alternativen suchte und schließlich eigene Pläne vorlegte, die Güterzug-Ostumfahrung.

Jetzt wird also bis zum November von der DB untersucht, wie eine stadtbildverträglichere Trasse ohne hohe Mauern durchs Stadtgebiet gebaut werden kann, die mit innovativem Lärmschutz versehen wird und die sogar eine Teil- oder Komplettuntertunnelung erhält.

Dabei steht bei jedem Tunnelbau, der freilich in diesem Fall die beste Lösung darstellen würde, die Frage nach der Bezahlbarkeit im Raum. Jede

oberirdische Streckenführung wird hingegen auch bei noch so innovativem Lärmschutz einen städtebaulichen Eingriff darstellen, der ohne Wände nicht auskommt. Aber je niedriger die Wände, desto offener die Frage, ob der Lärmschutz dann noch ausreicht. Es ist also noch vieles unklar.

Die Sprecher der Stadtratsfraktionen der CSU und SPD haben jedoch schon vor Wochen laut getönt, dass für sie eine Ostumfahrung auf keinen

Fall in Frage käme, sondern nur eine „Binnendurchfahrt“. Innerhalb der CSU hat dies bereits zu harten Verwerfungen geführt. Eine solche vorschnelle Festlegung zu diesem frühen Zeitpunkt ist auch aus Sicht der GAL grob fahrlässig. Gründliche Untersuchungen sind selbstverständlich abzuwarten.

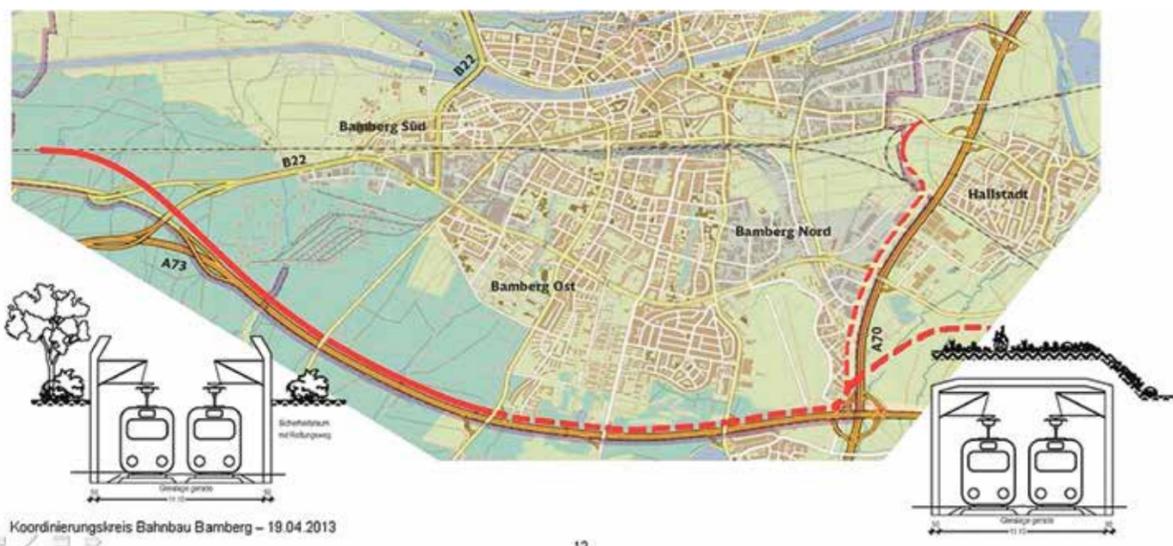
Im Koordinierungskreis Bahnausbau (einem Gremium aus Stadt und DB) wurde für das weitere Vorgehen beschlossen, sowohl Bestandsstrecken-

ausbau als auch Ostumfahrung weiter zu prüfen. Jedoch ist die Bahnsinn-Variante Güterzug-Ostumfahrung im Auswahlverfahren nicht enthalten, nur einzelne Bauelemente (Annäherung an A73, ggf. in Teilen Tieflage bzw. Untertunnelung Autobahnkreuz) sollen zur Optimierung der DB-Ostumfahrung dienen.

Damit scheint die grundlegende Idee der AG Bahnsinn vom Tisch, nur Güterzüge über die Ostumfahrung zu

schicken, den ICE aber auf der Bestandsstrecke durch Bamberg fahren zu lassen – sie wäre damit flächensparender und landschaftsschonender als die DB-Ostumfahrung. Genau diese Möglichkeit sollte aber weiter untersucht werden, um eine Vergleichbarkeit mit den anderen nun in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudien zu erlangen. Die GAL will sich dafür in der nächsten Vollsitzung am 24.7. stark machen.

usa



Oben: Die Güterzug-Ostumfahrung (ehemals Variante 4) wurde von der AG Bahnsinn erarbeitet. Von ihr sollen nur einige Bauelemente in die DB-Ostumfahrungspläne einfließen. Grafiken: DB, Quelle: Pressestelle Stadt Bamberg

Unten: Die Tunnellösung (ehemals Variante 5) ist die Grundlage für die Prüfung des Bestandsstreckenausbau: Güterzugtunnel zwischen Münchner Ring und Kronacher Straße, ergänzt durch innovativen Lärmschutz und Tieferlegung auf Teilen der Strecke.



Standpunkt

Die GAL tritt dafür ein, eine Lösung für Bamberg zu finden, die nicht nur bezahlbar ist, sondern den Lärmschutz auf zukunftsorientierte Frequenzen garantiert und sowohl das Stadtbild nicht beschädigt also auch ökologisch vertretbar ist. Deswegen bleiben nur zwei Varianten übrig: Entweder die Tunnellösung durch Bamberg, wie sie jetzt auf Machbarkeit überprüft wird, oder die Lösung der AG Bahnsinn, die eine Ostumfahrung nur für Güterzüge mit teilweiser Untertunnelung und begrünter Einhausung vorsieht. Dass die DB sich auf ihre Ostumfahrungsvariante versteift und der Koordinierungskreis sich darauf eingelassen hat, ist bedauerlich und hoffentlich noch zu korrigieren. Geprüft werden sollte auch diese Variante allemal.

Ursula Sowa

Kommentar von David Klanke

Die fatale Europapolitik

Angela Merkels Politik in der europäischen Wirtschaftskrise wird immer als alternativlos angenommen. Das ist sie allerdings nicht. Im Gegenteil: Sie macht eigentlich alles falsch. Geht diese Politik so weiter, steht der Euro vor dem Ende.

Das erste Problem bei der Einführung des Euro war der Glaube, man könne einen gemeinsamen Wirtschaftsraum schaffen ohne gemeinsame Wirtschaftspolitik. Inzwischen ist klar, dass die einseitige Exportfixierung und die damit verbundenen niedrigen Löhne in Deutschland zu einem relevanten Ungleichgewicht geführt haben. Merkel spricht von einer starken Performance der deutschen Wirtschaft und der hohen Bedeutung der Exportmacht, ignoriert dabei aber, dass der Exportmacht des einen auch die vielen Importe eines anderen gegenüberstehen.

Zu einer verantwortungsvollen Europapolitik würde gehören, auch die Binnenkonjunktur in Deutschland zu fördern und damit ausgewogene Wirtschaftsbeziehungen unter den EU-Ländern. Mittlerweile sind, was leider in den deutschen Nachrichtensendungen häufig vernachlässigt wird, nur noch zwei Länder in der EU übrig geblieben, die diese Einsicht nicht haben: Deutschland und Großbritannien. Somit ist Deutschland unter Merkel zu einem der größten Europa-Kritiker geworden.

Der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt sieht seit September 2010 die Möglichkeit vor, gegen die Länder vorzugehen, die einen zu großen Handelsbilanzüberschuss vorweisen. Prompt hat Deutschland in den letzten Jahren seitdem jedes Jahr gegen diesen Passus verstoßen. Doch in der Medien-Berichterstattung ist

davon kaum etwas zu lesen. Der Diskurs wird hierzulande einseitig geführt und dreht sich vor allem um deutschen Wohlstandserhalt.

Merkel spricht immer davon, dass nur der Schuldenabbau zu mehr Wachstum führen könne. Inzwischen haben nur noch zwei europäische Länder ein minimales Wachstum: Deutschland und Luxemburg. Der Grund hierfür: Die fatale Annahme, dass Sparen und Wachstum gemeinsam funktionieren.

Merkel ignoriert zudem die Widerlegung der wichtigsten volkswirtschaftlichen Theorie nach Reinhart und Rogoff, die den wissenschaftlichen Unterbau zu der merkwürdigen Kombination Sparen/Wachstum lieferte. Schlimmer noch: Reinhart/Rogoff bauten ihr ganzes Datengerüst auf einem einfachen Fehler auf. Sie hatten sich in der Bearbeitung ei-

ner Excel-Tabelle versehen. Umso schlimmer, dass jetzt die Menschen in Griechenland und Spanien, und Italien usw. aufgrund der mathematischen Fehlleistung zweier Volkswirte weiter völlig unsinnigerweise geschröpft werden. Es sei daran erinnert, dass in dem ach so humanen Europa Menschen wieder an Hunger leiden. Auch darüber wird in deutschen Medien meist geschwiegen.

Währenddessen halten die beiden deutschen Regierungsparteien CDU/CSU und FDP an ihrem Sparpopulismus fest und verdonnern die gebeutelten EU-Länder zu Maßnahmen, die ganz offensichtlich nicht zur Sanierung ihrer Volkswirtschaften führen. Sie ziehen sich damit auf den altbekannten BWL-Grundsatz „Sparen und Wachstum gehören zusammen“ zurück, einfach weil das dem ohnehin überforderten Wähler so gut zu ver-

kaufen ist. Auf diese Weise wird ein mögliches komplexes EU-Krisenmanagement platten deutschen Wahlstrategie-Überlegungen geopfert.

Wenn sich der Kurs der Kanzlerin nicht ändert, glauben auch in Europa selbst nur noch Wenige an einen Fortbestand des Euro. Bspw. Nobelpreisträger Joseph Stiglitz sieht das Ende des Euro aufgrund der deutschen Politik längst besiegelt. Viele glauben hierzulande, dass Merkel den Satz „Scheitert der Euro, scheitert Europa“ wirklich ernst meint. Das kann bei ihrer Politik nicht wirklich wahr sein. Außerdem: Ist die Leitidee Europa von einer gemeinsamen Währung abhängig? Natürlich nicht.

Wenn der Euro jetzt auseinander bricht, benötigt Europa eine vernünftige Strategie losgelöst vom europafeindlichen Sparpopulismus unserer Kanzlerin. Das kann bedeuten, nach



David Klanke ist Soziologe und Vorstandsmitglied der GAL Bamberg

Ende des Euros die Wechselkurse der einzelnen Länder gezielt wieder aneinander anzupassen. Dann stimmt auch wieder die gemeinsame Bilanz.

Sicher ist wohl: Diese Regierung fährt den Euro vor die Wand. Einzige Lösung bleibt ein Regierungswechsel im Herbst und ein deutliches Umsteuern in der Wirtschaftspolitik, um die Binnennachfrage endlich anzukurbeln und die Exportabhängigkeit zu verringern.

Steigerwald – Nationalpark für Franken

Politik im Film – von Andreas Lösche



Als Hannß Carl von Carlowitz vor genau 300 Jahren den Begriff „Nachhaltigkeit“ prägte, bezog er sich auf die Forstwirtschaft und wollte, dass man stets nur so viel Holz aus dem Wald hole, wie in absehbarer Zeit nachwachsen kann. Vernünftig wirtschaften also, mit Blick auf den nächsten Win-

ter ebenso wie auf nachfolgende Generationen, den „Nachkommen und dem gemeinen Besten“, dem Gemeinwohl also, dienend.

Die bayerischen Grünen sind der Meinung, dass ein Nationalpark im Steigerwald für das Gemeinwohl und die künftigen Generationen eine riesige

Chance darstellt, und haben sich bereits 2009 auf dem Landesparteitag in Bamberg für die Einrichtung eines solchen Schutzgebietes ausgesprochen. Seither aber verweigert die Staatsregierung hartnäckig eine Machbarkeitsstudie, die Für und Wider prüft und auch zeigen würde, was an den Argumenten der GegnerInnen substantiell und sachlich dran ist.

In einem kurzen Film erklärt Landtagskandidat Andreas Lösche, warum er einen Nationalpark für die ideale Symbiose aus Regionalförderung und Naturschutz hält:

**Youtube-Kanal:
Andreas Lösche**

Im Verlauf des Wahlkampfes gibt es dort auch noch weitere Filme zu aktuellen Themen mit regionalem Bezug.

Sofa-Talk mit Wolfgang Grader



Zum Bürgergespräch am Wahl-Info-Stand bietet der Bamber-

ger Bundestagskandidat Wolfgang Grader in diesem Som-

mer eine gemütliche Alternative an: den Sofa-Talk zuhause im Wohnzimmer.

WählerInnen, die den grünen Kandidaten näher kennen lernen und mit ihm politisch diskutieren wollen, können bei Wolfgang Grader einen „Hausbesuch“ buchen und ihn am besten gemeinsam mit FreundInnen zum Sofa-Talk zu sich nach Hause einladen. Erfahrungsgemäß sind Runden von sechs bis 12 Personen am besten geeignet.

Datum und Zeit können individuell vereinbart werden:

Wolfgang Grader,
Tel. 0951-2084699 oder
bamberg@w-grader.de.

Die Grüne mit dem Engel auf Radtour



Wenn Sie in den nächsten Wochen in Bamberg und Umgebung ab und zu mal eine Frau mit Fahrrad, grünem Helm und goldener Engelfigur beim Gespräch mit BürgerInnen am Straßenrand erleben, dann ist das mit Sicherheit die Bamberger Grünen-Direktkandidatin für den Stimmkreis Bamberg-

Land, Ursula Sowa. Während der heißen Wahlkampfphase wird sie per Drahtesel durch die Lande touren – immer mit ihrem Engel im Gepäck, einer Kunstproduktion des Künstlers Ottmar Hörl.

Mit dem Engel wird die Radtour zu einer Art Mitmach-Polit-Performance, denn Ursu-

la Sowa stellt ihren GesprächspartnerInnen, die sie unterwegs trifft, immer die Frage: „Was würden Sie sich wünschen, wenn dieser Politik-Engel Ihnen einen Wunsch erfüllen könnte?“

Die Antworten will Ursula Sowa (bei Einverständnis der Befragten) nicht nur veröffentlichen, sondern auch im Gepäck mit nach München nehmen, denn ihr Einzug in den Landtag ist durchaus nicht nur ein Engelswunsch, sondern bei einem guten grünen Ergebnis ganz real möglich.

Wer ein Gespräch und einen Radbesuch von **Ursula Sowa** wünscht, oder ein Stück mit ihr radeln möchte, kann sich melden bei:

U.S@bnv-bamberg.de oder 0951-58145.

Immer aktuell berichtet Ursula Sowa über die Engelswünsche der BürgerInnen auf **Facebook („Ursula Sowa“)**.

gaz euse
was Sie im FT nicht lesen können

Stadt unterschlägt Leistungen für arme Kinder

Dass Gelder, die für soziale Zwecke bestimmt sind, dann auch bei diesen sozialen Zwecken landen – in Bamberg ist das nicht selbstverständlich. Im Gegenteil.

Das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes ist dafür gedacht, Kindern und Jugendlichen aus bedürftigen Familien Bildung und Teilhabe zu ermöglichen: Unterricht in Musikinstrumenten, Mitgliedschaft im Sportverein, Nachhilfeunterricht oder ähnliches. Bis 2012 wurden die Mittel dazu pauschal vom Bund über die Länder an die Kommunen ausbezahlt. Die hatten dann dafür zu sorgen, dass sie bei den Kindern ankommen. Allerdings kam bald heraus, dass das in vielen Kommunen nicht der Fall

ist – weshalb die GAL umgehend nachfragte. Und tatsächlich: Wie die Verwaltung zähneknirschend zugeben musste, wurden vom Bund 378.000 Euro an die Stadt Bamberg gezahlt, jedoch nur 241.193 Euro von der Stadt an bedürftige Kinder weitergegeben, weil von den Familien nicht genug Anträge gestellt wurden. Knapp 140.000 Euro kamen also nicht dort an, wo sie hin sollten.

Doch wo ist das Geld abgeblieben? In der Familiensenatsitzung im November erklärte Sozialreferent Ralf Haupt lapidar, das Geld fließe dann halt in den allgemeinen Sozialhaushalt und werde „natürlich“ auch irgendwie für soziale Zwecke ausgegeben. Welche, konnte er nicht benen-

nen, und dass der Sozialhaushalt aufgrund dieses „Geldsegens“ nun besser ausgestattet ist, trifft auch nicht zu.

Im Gegenteil, ein paar Tage zuvor hatte das Sozialreferat sogar noch abgelehnt, die Schulsozialarbeit auch auf Grundschulen auszudehnen. Dies sei zwar wünschenswert, so Haupt, aber nicht finanzierbar. Die 140.000 Euro, die in seinem Sozialbudget ja schon klümperten, erwähnte er wohlweislich nicht. Damit hätte man mehrere Vollzeitstellen für Jahre finanzieren können. Aber Geld will sein Chef, OB Starke, ja bekanntlich auch lieber für andere Dinge ausgeben, und vom Sozialreferenten ist da kein Widerspruch zu erwarten.

sys

Nummer Eins in der Disziplin „Photovoltaik-Blockade“

Sie glauben, dass Altmaier, Merkel & Co. die größten Energiewende-Verzögerer sind und im Bremsen, Hindernisaufstellen und Dampfplaudern nicht zu übertreffen? Dann wissen Sie noch nichts von der Bamberger Berufsschule an der Ohmstraße.

Schon 2003 wollte GAL-Stadtrat Peter Gack auf dem Dach der Berufsschule eine Bürger-Solaranlage bauen. Kurz zuvor hatte er auf der benachbarten Fachoberschule FOS ein solches Projekt verwirklicht – mit großem Erfolg, viel Medienecho und in den folgenden Jahren mehreren Nachfolge-Projekten in der ganzen Region. Doch bei seiner Nachfrage, ob auch die Berufsschule ihr Dach (natürlich gegen Miete) dafür zur Verfügung stelle, erhielt er eine abschlägige Antwort.

Ein zweites Mal fragte Gack vor sieben Jahren an – und auch da hieß es wieder: Nein, möglicherweise wolle die Berufsschule so ein Unterneh-

men selbst auf die Beine stellen, möglicherweise ziehe die Berufsschule aber auch ganz um. Man wusste offenbar nicht so recht und lehnte deshalb erneut ab.

Im Frühjahr 2011 (die Berufsschule war noch immer am selben Ort und ohne Solarmodule auf dem Dach), stellte GAL-Stadtrat Wolfgang Grader als Mitglied im Zweckverbandsrat Berufsschulen den Antrag, die Berufsschule solle in Eigenregie eine Photovoltaik-Anlage einrichten. Der Zweckverbandsrat ließ sich von dem Ansinnen so halb überzeugen und gab Voruntersuchungen in Auftrag, die nach einem Jahr abgeschlossen waren. Danach ließ man noch eine Wirtschaftlichkeitsberechnung erstellen, die wiederum ein Jahr dauerte.

Die Ergebnisse wurden nun (nach zwei Jahren) vorgelegt – und ihre Erarbeitung, natürlich durch ein Fachbüro, hat allein schon 5000 Euro gekostet.

Dabei weiß jeder, der sich in der Branche auskennt, wie unsinnig lange vorausgehende Berechnungen sind. Denn gerade bei den Erneuerbaren Energien werden in den letzten Jahren so häufig und vielfältig die Rahmenbedingungen bei Bau und Vergütung geändert, dass man das 5000-Euro-Papier – mangels Aussagekraft – auch gleich wieder in die Mülltonnen auf dem Berufsschulhof treten kann.

Und was hat man beschlossene? 500.000 Euro sollen (was die GAL freilich gutheißt) in die energetische Sanierung des gesamten Gebäudes investiert werden. Da könnte dann möglicherweise eventuell auch eine Photovoltaik-Anlage dabei sein. Zu Gewissheiten sah sich der Zweckverbandsrat nicht in der Lage – Hoffnung besteht. Noch im Jahr 2013 soll ein Konzept dafür vorgelegt werden.

Merkel, Altmaier & Co. lassen grüßen.

sys

**f GAL Bamberg
auf facebook**

**Immer aktuell
www.gaznet.de**

Kurt Meier Umzüge
Gabelsberger Str. 2 · 96050 Bamberg
Tel. 09 51 / 20 22 76
Nah- & Fernumzüge
Entrümpelungen · Kleintransporte

**NAH- UND FERN
UMZÜGE
PETER SCHIELE**
Auslandstransporte
Möbel- und Küchenmontage
Möbellagerung · Außenaufruf
96052 · Gundelsheimer Str. 100
☎ (09 51) 6 93 39 · Fax 6 73 40

impresum

Die **gaz** wird von der **Redaktionsgruppe** der Grün-Alternativen Liste Bamberg gestaltet:

Tobias Rausch, Harald Rink (Har), Sylvia Schaible (sys), Ursula Sowa (usa)

Verantwortliche Redakteurin: (auch für Anzeigen):

Sylvia Schaible, Grüner Markt 7, 96047 Bamberg, Tel. 0951/23777, gaz@gal.bamberg.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Peter Gack, David Klanke (DK), Andreas Lösche

Gestaltung: Erich Weiß Verlag

Druck: Haßfurter MEDIENPARTNER GmbH & Co. KG

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen/Alternative Liste, Kreisverband Bamberg-Stadt, www.gal.bamberg.de

Auflage: 35.000

Nr. 78 / Juli/August 2013

Die **gaz** wird auf Papier aus nachhaltiger Waldwirtschaft gedruckt, das mit dem FSC-Siegel zertifiziert ist.

MUSSÄROL
Bamberger Kräutergärtnerei

Gewürz- und Teekräuter
Duft-, Aroma- und Heilpflanzen
Jetzt: sonnengereifte Bio-Tomaten!

Direktverkauf ab Gärtnerei: April – Oktober
Mi: 14.00 Uhr - 18.00 Uhr
Fr: 10.00 Uhr - 18.00 Uhr
Sa: 9.00 Uhr - 14.00 Uhr
Kräuter- und Gärtnerstadtführungen

Nürnberg Str. 86, Bamberg, 0951-22023
www.biokraeuter.info

Produkte aus kontrolliert biologischem Anbau